die darmstädter studentenzeitung

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt
Juli 1968 16. Jahrgang Nr. 95 DM 0,60 1F2824F

POSTES
SORTIE AMS

INHALT

1 Streik der Ingenieurschüler
2 Gesucht: Eine kleine Minderheit
3 Sitzung des Großen Senats
5 Plakat- und Werbewesen in Darmstadt; eine Satzung
6 M/Ph-Diskussion
7 Demonstration! Ein Bericht
8 Institutsvorstellung
12 Notstand im Rechenzentrum
13 Hochschulwoche 68
15 Hochschulzentrum
16 Hörsäle
18 Mädchen an der THD
19 Song Chanson International auf Burg Waldeck
21 Fahrt der ESG in die DDR
22 Darmstädter Fürstenhaus ausgestorben
23 Weltliteratur
24 Leserbriefe
25 Nachrichten
26 Die nächste Spielzeit des Landestheaters Darmstadt
27 Sport
28 Die letzte Seite

Das Papier für den Innenteil wurde von der Fa. E. Holtzmann & Cie AG, Weisenbachfabrik, gespendet.

Der Umschlagkarton (Windmühle-Original-Kunstdruck) wurde freundlicherweise von der Fa. August Koehler AG, Oberkirch, zur Verfügung gestellt.

Bilder:

Titel und 2. Umschlagseite: Klaus Gims; 4. Umschlagseite: Jan Kettmann; S. 12: do; S. 14: Staatliches Hochschulbauamt Darmstadt; S. 19, 20: Gerhard Schäfer.

die darmstädter studentenzeitung
Nr. 95

Franz-Josef Schmidt *)

DEM INGENIEUR IST NICHTS ZU SCHWEUR

Warum sie streiken

Vorlesungsstreiks sind heute en vogue, sogar die „Musterschüler", wie DIE ZEIT die Ingenieurstudenten zu nennen pflegte, traten jetzt in den Ausstand. Es geht den Ingenieurstudenten um die Reform ihrer Schulen. Sie fordern:

1. Anhebung der Eingangsvoraussetzungen

Zur Zeit kann an der Ingenieurschule studieren — oder besser gesagt: lernen – wer die Mittlere Reife und ein zweijähriges Praktikum „abgedient" hat. Diese Eingangsvoraussetzung ist für die Zukunft nicht zu halten.
In spätestens 10 Jahren wird sich die Zahl der Abiturienten verdoppelt haben. Die Hochschulen und Universitäten werden nicht mehr in der Lage sein, einen solchen Ansturm von Studienbewerbern aufzunehmen. Gleichzeitig geht den Ingenieurschulen ihre klassische Bildungsreserve verloren, da die Zahl derer, die das Gymnasium mit der Mittleren Reife verlassen, zurückgehen wird. Die Bewerber, die dann noch in Frage kommen, sind aber nicht in der Lage, den Anforderungen zu genügen. Deshalb wollen die Ingenieurschulen eine mindestens 12-jährige vollschulische Ausbildung, die mit einer qualifizierten Fachschulreife abschließt, als Eingangsvoraussetzung festgelegt sehen.
Überdies kann nur so eine Anerkennung in der EWG nach 1970 erreicht werden. Die Römischen Verträge, die in diesem Teilgebiet 1970 in Kraft treten, sehen folgende Klassifizierungen der Ingenieure vor:

- A1: Wissenschaftlich-theoretische Ausbildung (Abitur und Hochschulabschluß)
- A2: Wissenschaftlich-praktische Ausbildung (Abitur und Hochschulabschluß)
- B: Techniker

Ingenieurschulen wie in Deutschland gibt es im EWG-Breich sonst nur noch in Holland. Frankreich zum Beispiel hat die „Ecoles Polytechniques", das Ansehen und die Qualifikation eines ihrer Absolventen richtet sich nach Güte und Ruf der Schule; dementsprechend würde er nach 1970 unter A1 oder A2 eingestuft werden. Die deutschen Fachschulingenieure würden nach 1970, obwohl den Absolventen mittlerer und kleinerer Ecoles Polytechniques durchaus ebenbürtig, unter B eingestuft werden.

2. Integration in den Gesamthochschulbereich

Die Ingenieurschulen unterstehen heute noch wie die Volksschulen dem Schulverwaltungsgesetz. Wenn die Ingenieurschulen der Zukunft Abiturienten aufnehmen sollen, müssen sie für diese auch attraktiv sein. Das geht nicht im Rahmen des Schulverwaltungsgesetzes, nach dem noch der Elternbeirat (!!) die Interessen der Studenten vertritt und nicht der AStA, der heute nur geduldet ist. Die AStA der Ingenieurschulen sind nicht rechtsfähig, sie haben zwar Satzungen nach denen sie arbeiten, diese Satzungen sind aber weder genehmigt noch anerkannt. Studentenschaftsbeiträge dürfen nicht erhoben werden. Elternbeiräte werden allerdings in der Regel auch nicht gebildet.
Die Ingenieurschule der Zukunft soll ein Glied der Gesamthochschule sein. Ein Modell für den geforderten Weg ist die PH, die heute bereits Abteilung für Erziehungswissenschaften in der der Hochschule beziehungsweise Universität ist. Die weiteren Punkte ergeben sich aus dem voraus Gesagten:

3. Zuerkennung weitgehender Mitverwaltungsrechte

4. Schaffung entsprechender Gesetze

Da die Studenten der Staatlichen Ingenieurschulen eingesehen hatten, daß in unserer Demokratie mit Briefeschreiben und Verfassen von Petitionen nichts zu erreichen ist, sahen sie sich gezwungen, vom demokratischen Recht zum Streik Gebrauch zu machen. Zunächst begannen die hessischen Studenten mit einem dreitätigen Warnstreik, der jedoch keinen Erfolg hatte. In Nordrhein-Westfalen demonstrierten die Ingenieurschulen mit einem dreiwöchigen Streik gegen die Vorlage eines Akademiegesetzes, das bereits heute veraltet ist. Der einzige

*) Der Verfasser ist AStA-Vorsitzender der Staatlichen Chemieschule Darmstadt.

Erfolg war eine Erklärung der 123. Kultusministerkonferenz in Hannover, die die jetzigen Zustände in schöner Verpackung als Neuerung anbot. Daraufhin traten alle Ingenieurschulstudenten in einen Vorlsungsstreik, der zwischen dem 12. und 18. Juni begann und in den meisten Ländern unbefristet war.

Gleichzeitig setzte einen intensive Öffentlichkeitsarbeit der Studenten ein. Interessenverbände wie zum Beispiel der Dozentenverband an den Ingenieurschulen, die Gewerkschaften, der Verband der Postingenieure wurden angesprochen und halfen mit Geldspenden oder erklärten sich sogar solidarisch. Die Öffentlichkeit wurde informiert. Sternmärsche in die Landeshauptstadt wurden organisiert. Jeder einzelne Parlamentarier wurde zu Hause aufgesucht und informiert.

Der Erfolg war frappierend. Zunächst brach die wohlgehütete Bundeseinheitlichkeit auseinander. Dies ist der Beweis dafür, daß die Kultusministerkonferenz nicht in der Lage ist, eine fortschrittliche Bildungspolitik zu betreiben.

Überall wurde einzeln geplant oder geändert. In Hessen beschloß der Kulturpolitische Ausschuß, daß die Ingenieurschulen als Fachhochschulen dem Gesamthochschulbereich zuzuordnen seien. Die Landesregierung hält eine zwölfjährige Vorbildung mit theoretischer und praktischer Ausbildung in den beiden letzten Jahren für erforderlich.

Der Berliner Senat wurde beauftragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Richtlinien dazu sind den Forderungen des Studentenverbandes entnommen. Im gleichen Sinne entschied sich die SPD in Niedersachsen. Ebenso legte man in Hamburg einen durchaus fortschrittlichen Entwurf vor. In Nordrhein-Westfalen verzichteten die Parlamentarier auf eine Lesung der Akademiegesetze, die ihnen denn doch zu altmodisch erschienen. Die Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden von FDP und CDU der Länder und des Bundes ergaben gemeinsame Arbeitsvorschläge, die sich an die Forderungen des Studentenverbandes anlehnen. NRW-Ministerpräsident Kühn versucht nun noch durch eine Konferenz der Ministerpräsidenten die Bundeseinheitlichkeit wiederherzustellen. Hoffentlich nicht auf der Basis seines Gesetzentwurfes.

Es sind also bisher durchaus Teilerfolge erzielt worden, von einer vernünftigen Ingenieurschulreform ist man allerdings noch weit entfernt. Bedauerlich ist nur, daß solche Teilerfolge erst durch einen Streik erreicht werden konnten. Das sollte zu denken geben.

Fritz Förster

GESUCHT: EINE KLEINE MINDERHEIT

Dumme Mehrheit braucht kluge Minderheit

Es ist etwas Geheimnisvolles um manche Begriffe: Wo sie in die Diskussion geworfen, oder besser: gemengt werden, hört die Diskussion auf, Diskussion zu sein: sie wird zur Andacht; alle Argumente versagen, die Vernunft schweigt, und das einzige Mittel, das in solch einer Situation noch helfen kann, ist die deutlich akzentuierte Frage: Na und?

Die Zeit ist solch ein magisches Ding: „Das haben wir schon immer so gemacht!" „Seit Bestehen dieser Einrichtung ist kein derartiger Fall bekannt geworden . . ." „Diese schöne Sitte hat mein ehrenwerter Vorgänger im Amt 1920 eingeführt."

Ein Zauberwort jüngeren Datums ist das von der „Mehrheit": „Aber die Mehrheit will es doch so!" „Die Mehrheit steht geschlossen hinter . . ." „80 % des Volkes bejahen . . ."

Was früher eine Mengenangabe war, ist im Laufe der Zeit zu einem Qualitätsmerkmal geworden. Man fragt nicht mehr nach der Qualifikation, man fragt: Mehr als 50 % oder weniger? Der Wunsch nach einem klaren, einfachen Schema „Richtig-Falsch" wird durch eine Meinungsumfrage erfüllt; ohne lästiges Nachdenken liest man etwa ab:

Es bejahen einen Gedanken
10 % der Bevölkerung: verwerflicher Gedanke
30 % d. B.: falscher Gedanke
50 % d. B.: „gespaltener Arsch" (gibt es nur beim Skatspiel, nicht in der Wirklichkeit; notfalls wiederholt man die Umfrage mit einem anderen Meinungsinstitut)
70 % d. B.: richtiger Gedanke
90 % d. B.: Gotteswille

Kollektiv begangene Fehler verlieren den Makel des Fehlerhaften; als Entscheidung einer Mehrheit gründen sie auf dem breiten, durch alle Schichten des Volkes gehenden Empfinden, auf Natur. Natur hinwiederum, weiß der anzeigenkundige Zigarettenraucher oder Margarineesser, ist köstlich und gut.

Die Boulevardblätter werden von der Mehrheit des Volkes gelesen: also darf man sie nicht verbieten (ganz abgesehen davon, daß unsere Pressefreiheit das nicht zuläßt). Sex und Erotik werden von der Mehrheit des Volkes nur im stillen Kämmerlein und am Stammtisch geduldet: also müssen fleischeslüstige Illustriertenphotos verboten werden. (Schließlich hat auch unsere Pressefreiheit ihre Grenzen.) Die Mehrheit des Volkes besitzt einen Taufschein einer der christlichen Konfessionen: Also darf an gewissen Tagen des Jahres kein Teppich geklopft, kein Rasen gemäht, kein Auto gewaschen werden. Die Mehrheit des Volkes besitzt eine unchristliche Liebe zum Alkohol: Also darf an gewissen Stellen getrunken, gelärmt, die Gesundheit ruiniert werden – auch feiertags.

Wie fest die simple Gleichung „Mehrheit ist gleich Klugheit, Besonnenheit, Weisheit, Gerechtigkeit, Erfahrung" in den Köpfen der Mehrheit sitzt, wurde bei den Demonstrationen und Streiks anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze deutlich. Da konnte man von Leuten, die den Ausdruck „Minderheit" durchaus nicht als Schimpfwort verwenden, die Bemerkung hören, die Mehrheit des Volkes bejahe die Notstandsgesetze, darüber dürfe man sich nicht hinwegsetzen. Dabei hatte sich das Volk überhaupt nicht geäußert. Da argumentierten selbst aufgeschlossene Professoren, die Mehrheit der Studenten habe sich gegen einen Vorlesungsstreik ausgesprochen, deswegen dürfe man die Vorlesungen nicht sprengen. Dabei hatte sich die Mehrheit der Studenten nicht ausdrücklich **für** einen Vorlesungsstreik ausgesprochen. Da erkundigte sich auf einer Versammlung der Fachschaft Elektrotechnik, in der über die Frage des Vorlesungsstreiks diskutiert wurde, ein besorgter Student, ob die zum Fassen eines Beschlusses notwendige Mindestzahl von Fachschaftsmitgliedern erreicht sei; er wollte gern demonstrieren, aber nicht gegen den Willen der Mehrheit.

Der Kommilitone hätte sich beruhigen können. Der „Wille der Mehrheit" ist so lange eine Phrase, wie er sich nicht zur rechten Zeit am rechten Ort artikuliert. So lange sich jemand nicht zutraut, seine Meinung dort zu vertreten, wo die Spielregeln der studentischen Selbstverwaltung oder auch der Demokratie es vorsehen, können seine Argumente nicht stichhaltig sein. Falls er aber zu bequem ist oder aber sich darüber erhaben dünkt, mit Andersdenkenden zu argumentieren, mißachtet er die Spielregeln: er ist undemokratisch. Jedermann wußte, worüber die Fachschaftsversammlung beraten wollte; wenn die Masse der Studenten nicht zur Versammlung erschien, so ge-

stand sie damit der anwesenden Minderheit das Recht zu, für die gesamte Fachschaft zu sprechen und zu entscheiden.

Drei Voraussetzungen gibt es für Minderheitsbeschlüsse, die die Mehrheit binden sollen. Einmal muß der Beschluß von einer Institution gefaßt werden, die für die jeweilige Frage zuständig ist: Parlament, Vollversammlung, Urabstimmung beispielsweise. Die Teilnehmer eines „teach-ins" etwa können Forderungen aufstellen, massive Empfehlungen aussprechen, Aktionen planen – die Mehrheit auf ihre Beschlüsse formalrechtlich verpflichten können sie nicht. Zum zweiten muß allen Betroffenen die Tagesordnung so frühzeitig bekannt sein, daß sie die Möglichkeit haben, sich auf die Themen vorzubereiten oder schriftlich eine Vertagung zu beantragen. Drittens dürfen nicht mehr als ein Viertel der Stimmberechtigten eine Vertagung gefordert haben; eine Mindestzahl von Anwesenden zur Beschlußfassung braucht dagegen nicht festgelegt zu sein.

Bezeichnenderweise werden gegen Minderheitsbeschlüsse fast nie Argumente ins Feld geführt, die auf diesen oder ähnlichen Kriterien basieren. Fast immer wird nach der eingangs beschriebenen Skala geurteilt: „Die paar Mann dürfen das doch nicht!" Paradebeispiel für diese einfältige Einstellung ist die Behauptung, die Studentenschaftsvertreter verträten gar nicht die wirkliche Meinung der Studenten, da sich diese nur mit 30–60 % an der Wahl beteiligt hätten – als ob die 70–40 % Desinteressierten überhaupt repräsentiert werden könnten oder sollten.

Mehrheit: Wenn dieses Wort überhaupt eine Wertung in sich trägt, dann die: Mittelmäßigkeit, Indifferenz. Außergewöhnliche Eigenschaften wird man stets nur bei einer Minderheit finden. Grundlegende Reformen waren immer noch das Werk einzelner – gegen den Willen der Mehrheit. Bis die Mehrheit sich an diese Reformen gewöhnt und sie anerkannt hat („Das haben wir schon immer so gemacht"), ist es im allgemeinen wieder Zeit für neue Reformen. Die allgemeine Schulpflicht, in den letzten Jahrhunderten gegen den Willen des Volkes eingeführt, ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit; heute besteht die Schwierigkeit darin, den Besuch weiterführender Schulen zu propagieren. Die Reform der Universitäten im letzten Jahrhundert wurde durch einen Einzigen in die Wege geleitet, den vielzitierten Wilhelm von Humboldt; daß heutzutage sich westdeutsche Rektoren zu Dutzenden zur Hochschulreform „bekennen", beweist, wie lange schon diese Reform fällig ist.

Gesucht wird: eine kleine, radikale Minderheit.

Helmut Dreßler

UND ABENDS IN DEN SENAT

Als eine kleine radikale Minderheit, dem moralischen Druck weichend, die Tür zum Saal 175 freigegeben hatte, konnte diese Tür geschlossen werden. Zum letztenmal mußten interessierte Studenten draußen erwarten, was der Große Senat der TH Darmstadt da drinnen wohl gewähren mochte.

Nach einer nicht-öffentlichen Debatte entschied sich die Versammlung, in Zukunft die Sitzungen des großen Senats öffentlich abzuhalten; sie folgte damit den Empfehlungen des Godesberg-Ausschusses. Dieser war im Februar 1968 vom Großen Senat beauftragt worden, die Modalitäten zu formulieren, nach denen die Grundsätze des AStA-Arbeitspapiers über die Neuordnung der Hochschulsatzung zu verwirklichen seien.

Wieder hatten vor Beginn etwa 100 Studenten den Sitzungssaal friedlich belagert, um zu dokumentieren, wie erwartungsvoll sie den Ergebnissen dieser Sitzung entgegensahen. Die HSU hatte Werkzeuge der Inquisition fein säuberlich auf einer Kiste vor dem Eingang ausgelegt: Pressluftbohrer, Hammer und Meißel. Einige SDS-Leute hatten versucht, einfach die Türe auszuhängen und sie fortzutragen, damit der Einblick dadurch nicht verwehrt würde. Jedoch die Tür widerstand den gutgemeinten Bemühungen. Wohl oder übel mußten sie schließlich auch ihre Sitzplätze aufgeben; der Weg war frei.

Dann begann innen die Beratung; auch außerhalb wurde wie üblich diskutiert, nämlich zwischen Kolorierten und Sozialisten. Man hatte ja genug Zeit, weil es länger dauerte, bis sich die Tür zum ersten Male öffnete und Konrektor Prof. Schmieden den Wartenden verkündete, die Versammlung drinnen habe grundsätzlich die Öffentlichkeit beschlossen. Gedämpftes Wohlwollen begleitete den Konrektor zurück in den Saal. Dieser Vorgang wiederholte sich nach den verschiedenen Teilbeschlüssen, bis schließlich dieser erste Tagesordnungspunkt (Öffentlichkeit) glücklich abgeschlossen war. Während der Beratungen entwickelte der Senat eine bemerkenswerte Eigenschaft, er setzte sich über einen Mehrheitsbeschluss des Godesberg-Ausschusses hinweg und übernahm statt dessen ein Minderheitenvotum (von 5 Studenten und einem Assistenten) des Ausschusses, das nicht nur Hochschulangehörigen, sondern „jedermann" das Recht einräumte, die Sitzungen des Großen Senats zu besuchen. Danach spazierten Senatsmitglieder und Zuschauer in kleinen Grüppchen hinüber in den Großen Physikhörsaal. Dort wurde dann die Sitzung wieder aufgenommen, und der Rektor berichtete der Öffentlichkeit nochmals zusammenfassend von den vorangegangenen Beschlüssen.

Der zweite Tagesordnungspunkt sollte sich mit der Forderung der schlagenden

Nächster Blutspendetermin des DRK ist am 11. 7. 68

Verbindungen befassen, als Hochschulgruppen zugelassen zu werden. Das bedeutet konkret: Es werden für Veranstaltungen dieser Gruppen kostenlos Räume zur Verfügung gestellt, ein Anschlagbrett kann auf Hochschulgelände aufgehängt werden, Flugblätter dürfen in der Hochschule verteilt werden. Zweimal, 1957 und 1967, hatte der Große Senat dieses Ansinnen abgelehnt, weil der Charakter derartiger Vereine anachronistisch sei und weil mit der Mensur ein Ehrbegriff verbunden sei, der in der Vergangenheit maßgeblich einen primitiv martialischen, typisch teutschen Ungeist gefördert hat.
Im vorigen Jahr war eine Senatskommission gegründet worden, die die Voraussetzungen für die Zulassung erarbeiten und Empfehlungen geben sollte. Ihren Bericht erstattete dem Senat der designierte Rektor Prof. Brader. Die sich an den Bericht der Kommission anschließende Debatte verlief in zwei verschiedenen Bahnen, welche sich oftmals kreuzten:
Ein Teil der Diskussionsredner beschäftigte sich mit der Mensur; man wies auf den heute grotesk anmutenden Anspruch der Verbindungen hin, die es als „Erziehungsmittel" ansehen, wenn einem Studenten die Bereitschaft zugemutet wird, sich Striemen in die Backe zeichnen zu lassen und mittels eines Säbels anderen die Visage in eine Fresse umzugestalten. Die Redner der Verbindungen und einige vorsichtig mit ihnen sympathisierende Professoren versuchten, die Mensur als gefährlichen Sport wie das Fallschirmspringen hinzustellen, als überkommenes Handwerk ohne ideologischen Hintergrund. Sie betonten, daß innerhalb der Schlagenden Verbindungen Überlegungen gehegt würden, die Mensur, deren Bedeutung längst gering geworden sei, ganz abzuschaffen und nur denen das Fechten zu ermöglichen, die es freiwillig tun.

Auf der anderen Seite versuchten manche, Bedingungen zu erdenken, die eine Verweigerung der Lizenz für die Verbindungen rechtfertigen sollten. Aber es ist sehr schwer, die eigene Abneigung mit Hilfe von ethischen Attributen in ein nachprüfbares, materielles Kriterium zu transformieren, etwa: Nur solche Gruppen seien zuzulassen, die ihr Programm mit dem Prinzip „Forschung und Lehre" vereinbaren können oder deren wahre Absichten mit dem Bildungsauftrag einer demokratischen Gesellschaft übereinstimmen. Es war jedoch vergebliche Liebesmüh, eine Art „Hochschulethos" zu definieren und anhand dessen die verschiedenen Hochschulgruppen zu bewerten. Außerdem, und das wurde besonders bedauert, sei der NHB hier inzwischen lizensiert, weil seine Satzung weder der Verfassung noch dem Strafgesetzbuch widerspricht. Dieser engen Diskussion um die Zulassung der Schlagenden war eine zweite Diskussion überlagert, die auf einen Antrag des AStA zurückging. Hierin wurde festgestellt, daß es grundsätzlich keinerlei die Gesetze der Bundesrepublik ergänzende Kriterien geben könne, die auf Zulassung oder Ablehnung studentischer Vereinigungen Einfluß hätten. Die Zulassung müsse durch eine Registrierung ersetzt werden, zumal eine Lizensierung einer Gruppe eine positive Stellungnahme zum Programm dieses Vereins bedeute, weil ihr Programm ja dann den ethischen Kriterien der Lizensierung genügen müßte. So bliebe, wenn sich eine neue Gruppe gründet, nur zu untersuchen, ob deren Satzung den Gesetzen nicht widerspricht. Wenn diese Prüfung keine Einwände erlaube, sollte die Gruppe anstandslos lediglich beim Rektor registriert werden. Der Vorgang der Lizensierung wäre damit sinnlos geworden.

Nach mehr als zwei Stunden wurde der durch Prof. Eyferth modifizierte Antrag des AStA mit 53 : 44 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen: Es gibt keine Zulassung mehr. Damit war auch die ganze Diskussion um die Lizenz der Verbindungen müßig gewesen. Die Korporierten jubelten. Der Vorsitzende der Studentenschaft, Cobler, der sich in entscheidender Weise für den Antrag eingesetzt hatte, sah sich auf einmal von freundlichen Verbindungsstudenten umgeben, wobei ihm sicher nicht sehr wohl gewesen sein kann.

Es ist bemerkenswert, daß während des schleichenden Demokratisierungs-Prozesses an unserer Hochschule ausgerechnet die Schlagenden Verbindungen als erste in den Genuß progressiver Ergebnisse gekommen sind. Da drängt sich einem unwillkürlich das Sprichwort von den Landwirten und ihren Feldfrüchten in den Sinn.

Beschlußprotokoll der Sitzung des Großen Senats vom 19. 6. 1968

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Öffentlichkeit der Sitzung des Großen Senats" hat der Große Senat folgenden Beschluß gefaßt:

I

1. Die Sitzungen des Großen Senats finden grundsätzlich nach Maßgabe der folgenden Regelungen öffentlich statt.
2. Jedermann hat das Recht, den Sitzungen des Großen Senats als Zuhörer beizuwohnen.
3. Zu den Sitzungen des Großen Senats sind Vertreter der Presse einzuladen.
4. Die Sitzungen des Großen Senats sind unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte rechtzeitig bekanntzugeben.

II

Auf Beschluß des Großen Senats kann die Öffentlichkeit für einzelne Punkte der Tagesordnung ausgeschlossen werden, sofern nicht mindestens 20 Stimmen für die Beibehaltung der Öffentlichkeit sind.

III

Wird die Arbeitsfähigkeit des Großen Senats durch Zwischenrufe oder sonstige Störungen beeinträchtigt, kann der Rektor nach vorheriger Verwarnung den Ausschluß der Störer veranlassen. Den Ausschluß der gesamten Öffentlichkeit in derartigen Fällen kann der Große Senat beschließen.

IV

Die Sitzordnung muß eine klare Trennung zwischen den Mitgliedern des Großen Senats und den Zuhörern ergeben.

V

1. Der Große Senat tagt bis auf weiteres im Großen Physikhörsaal. Die Zahl der Zuhörer ist begrenzt durch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze.
2. Erweist sich, daß die Anzahl der für Zuhörer zur Verfügung stehenden Plätze nicht ausreicht, soll der Rektor dafür Sorge tragen, daß die Sitzung durch Lautsprecher und/oder Fernsehen in einen anderen Hörsaal der Technischen Hochschule übertragen wird. Der Rektor kann im Sitzungssaal für Hochschulangehörige Plätze reservieren.

VI

Das Beschlußprotokoll ist den Mitgliedern des Großen Senats – gegebenenfalls über die Gruppenvertreter oder die Dekane – zuzustellen und der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

*

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Zulassung studentischer Verbindungen" hat der Große Senat folgenden Beschluß gefaßt:
Vereinigungen von Hochschulangehörigen werden auf Antrag vom Rektor nach Prüfung der rechtlichen Unangreifbarkeit ihrer Satzungen registriert. Die Registrierung ist dem AStA mitzuteilen. Die registrierten Vereinigungen genießen dieselben Rechte.

PRESSEBERICHTE

Herbert Werkmann

AKTION SAUBERE STRASSE

„Freunde der Demokratie, ich habe Angst vor euch!"
(Zuruf von der Tribüne
des Bundestages bei der 2. Lesung der Notstandsgesetze)

Darmstädter Tagblatt: „Schlagende Verbindungen wieder zugelassen"; Darmstädter Tagblatt: „Schlagende Verbindungen wieder zugelassen"; Darmstädter Echo: „Schlagende Verbindungen zugelassen"; FAZ: „Mensurenschlagen wieder erlaubt" – das waren die Überschriften am Freitag, dem 21. Juni, als die drei Zeitungen über die Sitzung des Großen Senats der THD berichteten. Alle drei Schlagzeilen sind Musterbeispiele dafür, wie Journalisten mit Nachrichten umgehen und Unwahrheiten erfinden. In schöner Übereinstimmung blieben die Berichte hinter den Tatsachen zurück. Das „Echo" ist in diesem Falle allerdings weniger sorglos. Wie aber z. B. die FAZ, ein Herr Baer, zu der geradezu idiotischen Überschrift kommt und wie er den Artikel beginnt („In Zukunft sind an der Technischen Hochschule in Darmstadt auch die schlagenden Verbindungen wieder zugelassen.") beweist überzeugend, welche Sorgfalt Zeitungen darauf verwenden, Nachrichten zu formulieren. „Mensurenschlagen wieder erlaubt" – als ob es bisher verboten gewesen wäre! Sollte der Eindruck entstehen, ein reaktionärer Senat habe sich auf überkommene Grundsätze besonnen und billige es, daß sich irgendwelche Studenten die Köpfe verunzieren?

Es ist nicht zu ergründen, wie das „Darmstädter Tagblatt" zu der Information kommt, der Große Senat habe „den im Jahre 1957 ausgesprochenen Ausschluß der schlagenden Verbindungen aus der Reihe der anerkannten Hochschulvereinigungen rückgängig" gemacht.

Herr Hofmann, der den Artikel geschrieben hat, wurde in der öffentlichen Sitzung nicht gesehen. Auch hat es zum Thema Registrierung von studentischen Vereingungen nur einen Beschluß gegeben. Der „Bericht" im Tagblatt erweckt den Eindruck, als seien zwei nötig gewesen. Das Motiv des Großen Senats wird unvollkommen dargestellt: Der Große Senat hat es aufgegeben, ein „Vor-Urteil" abzugeben und Vereinigungen zuzulassen.

Die „Irrtümer" in den Zeitungen entsprechen der Gleichgültigkeit der Journalisten gegenüber ihrer Aufgabe, genau und vollständig zu berichten. Die Folge davon ist der Trend zur Unwahrheit und zur Manipulation. dr

Auch Darmstadt hat seine „Notstandsgesetze" in der Form einer „Satzung über das Plakat- und Werbewesen in der Stadt Darmstadt", von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen am 15. Mai 1968, in Kraft seit 1. Juni 1968.

Artikel 5 GG gibt jedem Bürger das Recht, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten". Er verbietet jede Zensur.

In Darmstadt gilt dieser Artikel des Grundgesetzes seit dem 1. 6. 1968 nicht mehr.

In der „Satzung über das Plakat- und Werbewesen" heißt es:

§ 1 „In öffentlichen Straßen oder öffentlichen Grundflächen der Stadt Darmstadt ... dürfen Plakate, Flugblätter, Werbedrucksachen ... nicht angebracht, verteilt, ausgeworfen oder weggeworfen ... werden ..., wenn nicht vorher eine Sondernutzungserlaubnis auf Grund dieser Satzung erteilt worden ist ..."

§ 2 „Die Sondernutzungserlaubnis ist in der Regel 2 Wochen vor Beginn der beabsichtigten Maßnahme zu beantragen. Der Antragsteller hat auf Verlangen Erläuterungen jedweder Art zu geben. Die Sondernutzungserlaubnis kann nicht erteilt werden, wenn eine Beschädigung oder Verunreinigung von öffentlichen Flächen befürchtet (werden muß) ... oder andere Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen."

§ 6 „... Zuwiderhandlungen ... können ... mit Geldbußen von 2,– bis 1000,– DM geahndet werden."

Politische Hochschulgruppen und der AStA der TH haben bereits öffentlich erklärt, daß sie sich durch diese Satzung in ihrem Grundrecht der Meinungsfreiheit beschränkt fühlen und diese Satzung mißachten werden. Weitere Aktionen werden folgen.

Als Vater dieser Satzung wurde vom Amt für Öffentliche Ordnung, vom Rechtsamt, von der Pressestelle der Stadt Darmstadt und vom Polizeipräsidium Herr Obermagistratsrat Schmidt (CDU), Leiter des Rechtsamtes der Stadt Darmstadt, genannt.

Wir unterhielten uns mit Herrn Schmidt und wollten von ihm zunächst wissen, ob die Satzung nur für Wirtschaftswerbung gelte oder auch für Flugblätter, Plakate und Werbeschriften politischen Inhalts. Herr Schmidt stellte eindeutig klar, daß sich die Satzung auf alle Arten von Flugblättern, Plakaten usw. beziehe. „Uns ging es dabei nicht um die Politik oder Wirtschaftswerbung, sondern um den Dreck auf den Straßen."

Sinn und Zweck dieser Satzung sei es festzustellen, wer für die Verteilung von Flugblättern verantwortlich sei, damit dieser für die Reinigungskosten von Straßen haftbar gemacht werden könne. Der Einwand, daß ja nach dem Hessischen Pressegesetz der für den Inhalt Verantwortliche auf Flugblättern und Plakaten anzugeben sei, läßt Herr Schmidt nicht gelten. Er habe sich damit zwar nicht ausführlich beschäftigt (!), aber „was nützt es, wenn wir den für den Inhalt Verantwortlichen, aber nicht den für die Verteilung Verantwortlichen kennen".

Auch der Umstand, daß eine Sondernutzungserlaubnis „in der Regel 2 Wochen vor Beginn der beabsichtigten Maßnahme zu beantragen" ist, bereitet Herrn Schmidt keine Sorgen. Er sieht keine Schwierigkeiten, eine Sondernutzungserlaubnis „von heute auf morgen" zu erlangen, und politische Aktivitäten würden dadurch auf keinen Fall gehemmt werden (sagt Herr Schmidt – CDU).

Auf die Frage, wann denn ein „öffentliches Interesse" der Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis entgegenstehe, meinte Herr Schmidt, daß ein öffentliches Interesse dann vorliege, wenn zum Beispiel jemand zu widernatürlicher Unzucht aufrufe. Den Einwand, daß man hierzu ja keine örtliche Satzung brauche, sondern die geltenden Strafgesetzbestimmungen genügen müßten, tut Herr Schmidt leichtfertig (anders kann man es nicht nennen) ab. „Ach Gott noch mal, wissen Sie, viele Leute fragen immer, ja wo ist denn da die Rechtsgrundlage dafür. Und da sagen wir, bitte sehr, da steht's doch."

Eins rauf

(p). Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel überreichte gestern drei Ernennungsurkunden an Beamte der Stadt. Der Leiter des Rechtsamtes Fritz Schmidt wurde damit zum Magistratsdirektor, der Leiter des Tiefbauamtes Manfred Haury zum Baudirektor und der Hausmeister des Stadthauses Ludwig Enders wurde zum Betriebsinspektor ernannt.

Darmstädter Echo vom 29. 6. 1968

Herr Schmidt lehnte es ab, weitere Fragen zu beantworten. Ob diese Satzung die Meinungsfreiheit einschränke oder nicht, könnten wir schließlich in unseren Kreisen diskutieren; dazu brauchten wir ihn nicht. Er hätte die Satzung nicht gemacht (die Auskünfte seines eigenen Amtes, des Presseamtes der Stadt Darmstadt, des Polizeipräsidiums und des Amts für Öffentliche Ordnung waren offensichtlich doch falsch). Einen Rat gab uns Herr Obermagistratsrat Schmidt (CDU) doch noch: „Wenn man weiß, warum die Satzung gemacht worden ist, dann muß einem klar werden, daß es hier nicht darum gehen kann, mißliebige Meinungen zu unterdrücken. Das ist mit der Satzung auch gar nicht möglich." Ein Trost von Herrn Schmidt (CDU), für den wir ihm besonders dankbar sind.

Doch wollten wir uns mit diesem Trost allein nicht zufrieden geben. Wir fragten deshalb Herrn Obermagistratsrat Dr. Theis, Leiter der Polizeiverwaltung Darmstadt, ob er mit uns der Meinung sei, daß die „Satzung über das Plakat- und Werbewesen in der Stadt Darmstadt" gegen Artikel 5 GG (Meinungsfreiheit, Zensurverbot) verstoße. Seine Antwort: „Ja, ich bin der Meinung, daß die Satzung verfassungswidrig ist und gegen Artikel 5 GG verstößt, insoweit als auch Flugblätter, Plakate usw., die nicht kommerziellen Zwecken dienen, einer Sondernutzungserlaubnis bedürfen, also genehmigungspflichtig sind."
Herr Dr. Theis zitiert ein Gutachten vom 8. 4. 1968, das er für den Magistrat der Stadt Darmstadt erstellt hatte. Auch in diesem Gutachten macht er seine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine derartige Satzung geltend. Er weist den Magistrat besonders auf Artikel 5 GG hin: „Von vornherein der Erlaubnisbehörde die Möglichkeit einzuräumen, in Form einer Zensur bestimmte Meinungsäußerungen auszuschließen, würde auf einen unzulässigen Eingriff in grundrechtlich garantierte Meinungsfreiheit hinauslaufen."
Herr Dr. Theis äußert in seinem Gutachten auch Bedenken dahingehend, daß die Satzung gegen § 2 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über Freiheit und Rechte der Presse verstoßen könnte. Abschließend heißt es: „Das Satzungsrecht, das Bestandteil des gemeindlichen Selbstbestimmungsrechts ist, hat seine Grenze am übergeordneten Recht, insbesondere an der Verfassung."

Der Magistrat der Stadt Darmstadt und die Stadtverordnetenversammlung hätten zwar den ursprünglichen Entwurf der Satzung in zwei Punkten geändert, aber es blieben immer noch schwerwiegende verfassungsrechtliche Einwendungen.
Die Zuständigkeit zur Ausführung der Satzung sei bis jetzt noch nicht geregelt. Es stehe noch nicht fest, ob das Amt für Öffentliche Ordnung oder die Polizeibehörden für die Ausführung der Satzung verantwortlich sein werden. Herr Dr. Theis läßt allerdings keinen Zweifel daran, daß die Polizeibehörde im Falle ihrer Zuständigkeit die Satzung nur auf Flugblätter und Plakate mit kommerziellem Inhalt anwenden wird. Sie will sich damit offen gegen einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung stellen.
Wir hätten uns von Herrn Obermagistratsrat Schmidt eine ähnlich klare Stellungnahme gewünscht. Er zog es vor, dümmliche Antworten zu geben. Als „Vater der Satzung" sollte Herr Schmidt in der Lage sein, „seine" Satzung zu begründen; wenn nicht, dann ist er als Leiter des Rechtsamtes untragbar. Aber offensichtlich wollte er keine genauen Auskünfte geben, denn er hätte dann auch auf die Hintergründe, die zu dieser Satzung führten, eingehen müssen.
Herr Stadtrat Sabais und Herr Linder, Mitarbeiter im Rechtsamt, sagten übereinstimmend, daß die Satzung in erster Linie im Hinblick auf Wahlkämpfe und der damit verbundenen starken Verschmutzung der Straßen erlassen wurde. Und Gerüchte wollen tatsächlich wissen, daß sich die Satzung in erster Linie gegen die NPD richten sollte (dafür spricht auch der einstimmige Beschluß der Stadtverordnetenversammlung).
Unsere demokratischen, staatstragenden Parteien wollen rechtzeitig über den Inhalt von NPD-Flugblättern und -Plakaten informiert sein, damit sie die entsprechenden Gegenmaßnahmen treffen können.
In der Tat gibt der Stimmenanteil der NPD von 10,8 % in Darmstadt bei der letzten Landtagswahl Anlaß zur Sorge. Aber unseren Parteien fällt nichts anderes ein, als Art. 5 GG in bedenklicher Weise einzuschränken.
Parteien, die die Diskussion mit dem von ihnen erkannten Gegner scheuen, Parteien, die bedenkenlos Grundrechte der Bürger einschränken: Das sind unsere ach so demokratischen Parteien.
Freunde der Demokratie, ich habe Angst vor euch!

*

Durch zahlreiche Proteste des SDS, der HU und der HSU aufgeschreckt, befaßte sich der Magistrat der Stadt Darmstadt auf seiner Sitzung am 26. 6. 68 erneut mit der Satzung.
In der Presseerklärung zur Magistratssitzung heißt es: „Der Magistrat vertritt die Meinung, daß die in der Öffentlichkeit erhobenen Bedenken gegen die Satzung unbegründet sind, weil die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit durch die Satzung nicht eingeengt werden." Eine Dienstanweisung soll regeln, daß die Freiheit der Meinungsäußerung nicht eingeschränkt und die Verteilung von Flugblättern politischen, kulturellen und religiösen Inhalts nicht beeinträchtigt wird. In der Dienstanweisung soll weiterhin klargestellt werden, daß sich die von der Verwaltung verlangten Auskünfte nicht auf den Inhalt der Druckschriften beziehen dürfen.
Mit der Erklärung des Magistrats und der beabsichtigten Dienstanweisung kann und darf die Angelegenheit nicht erledigt sein. Die Satzung schränkt ihrem Wortlaut nach eindeutig das Grundrecht der Meinungsfreiheit ein, und daran ändert auch eine Dienstanweisung nichts. Diese kann durch einfachen Verwaltungsakt jederzeit geändert werden. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich damit selbst matt und überläßt der Exekutive das Feld; sie ist, wie der SDS in einem Flugblatt feststellt, „zum Erfüllungsinstrument der unpolitischen Verwaltungsoligarchie herabgesunken."

BESSERWISSER

Diskussionsabend
mit der Fakultät für
Mathematik und Physik

Eingeladen hatten Fakultät und Fachschaft für Mathematik und Physik, die Organisationsarbeit hatte die Fachschaft geleistet. Thema der Veranstaltung war ein Artikel in dds Nr. 92 „Amerika, du hast es besser", in dem der Forschungs- und Lehrbetrieb speziell bei den Physikern kritisiert worden war. Da auf den Artikel selbst keine Reaktion erfolgt war, hatte dds einen Offenen Brief nachgeschoben. Auf Vorschlag der Fachschaftsvertreter, den die hilflose Fakultät dankbar aufgriff, war eine öffentliche Aussprache vereinbart worden.
Zu dem teach-in waren lobenswert viele Professoren, einige Dozenten und Assistenten und relativ wenige Studenten, insgesamt etwa 100 Personen, gekom-

men. Fachschaftsleiter Herold übte einleitend milde Kritik am trägen Verhalten der Fakultät und ermunterte die anwesenden Assistenten und Studenten, mit Kritik und Vorschlägen nicht hinter dem Berg zu halten und ein bißchen Zivilcourage zu zeigen. Es klang allerdings wie „zuviel Courage" und wurde von den meisten wohl auch so aufgefaßt; die Zahl derjenigen, die sich in die Diskussion einschalteten, blieb gering.

Die Furcht vor Repressalien ist immer noch weitverbreitet, offensichtlich nicht grundlos. Das hatten die Fachschaftsvertreter und die dds-Mitarbeiter erfahren, als sie sich bemühten, vor der Veranstaltung konkrete Punkte der Kritik aus den einzelnen Instituten zu sammeln. Zwar kam eine Menge zusammen, aber die Informanten waren meist nicht bereit, für ihre Informationen einzustehen; die Studenten mußten vieles wieder „vergessen", um niemanden zu gefährden.

Entsprechend klein war dann das Arsenal der Vorwürfe, das die vorbereiteten Studenten wohldosiert verschießen konnten. Immerhin konnten die Anwesenden im Laufe der sich ergebenden Diskussionen ein paar spärliche Informationen darüber erwerben, daß der Forschungsbetrieb an den einzelnen Instituten sehr unterschiedlich organisiert ist. Warum das so ist, wurde jedoch nicht geklärt, weil sich die Professoren mit unterschiedlicher Institutspraxis zu früh gegenseitig umarmten; es blieb die Feststellung, daß manche Professoren ihren Mitarbeitern wesentlich mehr Freiheit und Verantwortung zugestehen als die Mehrzahl ihrer Kollegen.

Ein Vorgang am Rande war nicht typisch: Prof. Klotter, der anfangs dem dds-Artikel viele Falschinformationen lautstark vorgeworfen hatte, verzichtete darauf, seine Behauptungen zu belegen, und verließ unter Protestgeschimpfe den Saal, als die Studenten nicht bereit waren, über allgemeine Unverbindlichkeiten zu philosophieren, sondern konkrete Kritik vorbrachten.

Auf die Frage, welcher Professor denn schon einmal dafür zur Verantwortung gezogen worden sei, weil er unnötige oder schlecht ausgenutzte Geräte angeschafft habe, antwortete als einziger Prof. Scherzer, er habe einmal die Kosten für ein privates Buchgeschenk zurückzahlen sollen.

Ein Student stellte, um die Abhängigkeit mancher Assistenten von ihrem Chef zu illustrieren, die Behauptung auf, an einigen Instituten dürften die Assistenten nicht einmal Prospektmaterial von Forschungsgeräten in eigener Verantwortung bestellen. Daraufhin fragte ausgerechnet der Professor, auf den diese Feststellung gemünzt war, unschuldig zurück, wo es so etwas gebe. Der Student war natürlich zu schüchtern, ihm den Namen ins Gesicht zu sagen. Die Behauptung war also nicht belegt und es schien, daß da ein lächerlicher Vorwurf zurückgewiesen worden war, als sich überraschend ein anderer Professor, an den niemand gedacht hatte, meldete und begründete, warum es bei ihm so gehandhabt werde.

Prof. Scherzer überzeugte des öfteren die Zuhörerschaft mit Anekdoten – „Ich habe mal mit dem New Yorker Dekan zu Abend gegessen und dessen Frau befürchtete . . ." – von seinem völligen Unverständnis für die angeschnittenen Fragen. Mehrmals lehnte er Reformvorstellungen der Studenten unmotiviert mit dem Argument ab, die Studenten wollten ja doch nur die Drittelparität. Vor der muß er sich allerdings zu Recht schrecklich fürchten.

Im Laufe der Diskussion stellte sich zwangsläufig der Eindruck ein: Solange Vorwürfe nicht konsequent belegt werden, haben die Professoren leichtes Spiel, alles abzustreiten. Wer wagt es schon, einem Professor ins Gesicht zu sagen, daß er entweder lügt oder schlecht informiert ist? Die anwesenden Dozenten und Assistenten jedenfalls, die zum Teil die Studenten vorher informiert hatten, hielten brav den Mund, anstatt den von den Professoren leicht durch Gegenfragen in die Enge getriebenen Studenten zu helfen. Die meisten Studenten sind ohnehin denkbar schlecht informiert – kaum einer weiß wirklich, was Promotion, Habilitation und Berufung ist, wie ein Lehrstuhl oder die Fakultät funktioniert – und stehen zudem nicht nur zum Professor, sondern auch zum Assistenten in einem Abhängingkeitsverhältnis, das sie zwar instinktiv fürchten, dessen Wirkungsgrenzen sie aber nicht abschätzen können.

Die mangelnde Information und Kommunikation zwischen den Hochschulangehörigen ist einer der wichtigsten Gründe für die Verschleppung von Reformen, weil dadurch eine Mauer des Mißtrauens, ständig durch Gerüchte bestätigt, zwischen den möglichen Gesprächspartnern errichtet wird. Diese Mauer konnte durch die Veranstaltung nicht abgebaut werden, im Gegenteil: Da die Professoren eine Fortsetzung der öffentlichen Aussprache noch in diesem Semester kategorisch ablehnten („Terminschwierigkeiten"), erweckten sie den Eindruck, daß es für sie wichtigere Dinge gibt als Informationsveranstaltungen und Hochschulreform.

Reform ja – aber doch nicht jetzt: Niemand soll sich wundern, wenn die Studenten, denen die Professoren jovial bestätigen, daß sie mit ihren Vorstellungen offene Türen einrennen, diese offenen Türen vorsichtshalber doch erst einmal einschlagen. pay

DEMONSTRATION!

Ein Bericht

Die Osterunruhen waren kaum vergessen, die Notstandsdemonstrationen gerade vierzehn Tage vorbei, da erschütterte eine neue Welle von Streiks und Demonstrationen die Bundesrepublik. In fast allen Dörfern und Städten kam es zu Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen. Schulen und Universitäten mußten geschlossen werden, die öffentlichen Verkehrsmittel hielten den Verkehr nach einem verkürzten Fahrplan notdürftig aufrecht, und selbst die Rundfunk- und Fernsehanstalten paßten ihre Programme der veränderten Situation an: des Vormittags übertrug man die Reden der Demonstranten.

In den Großstädten behinderten kilometerlange Marschkolonnen den Verkehr. Einigen Kölnern gelang es, einen Rheindampfer unter Kontrolle zu bringen, von dem aus sie mit Lautsprechern ihre Parolen auf neugierige Zuschauer schmetterten. Der Schaden, der der deutschen Wirtschaft durch den eintägigen Arbeitsausfall entstand, wird auf mehrere Millionen DM geschätzt. Einige Tageszeitungen konnten am darauffolgenden Freitag wegen der Streiks nicht erscheinen.

Fronleichnam: Die ersten Demonstranten trafen sich schon um sechs Uhr früh in ihren Versammlungslokalen, um sich die sattsam bekannten Parolen ihrer Bewegung anzuhören. Man blieb dabei unter sich, Kritik war nicht erwünscht; andere Diskussionsteilnehmer als die eigens für die Zwecke der Propaganda in mehrjährigen Kursen geschulten kamen nicht zu Wort. Man zog es vor, jahrhundertealte Theorien über Staat und Gesellschaft unreflektiert zu übernehmen und sie als „ewig neue Erkenntnis" hinzustellen. Im Anschluß an diese Feiern formierte man sich zu Demonstrationszügen: Blumenkinder und phantastisch gekleidete „Fürsten" sollten neue Anhänger werben. Die verdutzten Zuschauer faßten freilich die ganze Aktion als das auf, was sie war – ein gewaltiger Popanz. Die Mehrzahl nutzte den freien Tag, ins Grüne zu fahren. ff

Dietrich Ebersbach/Fritz Förster/Falk Rieß

STADT UND LAND SIND UNSER LABOR

Wir stellen vor:
Lehrstuhl und Institut für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik

Zwei Akzente in der Straßenverkehrstechnik

Im Sommersemester 1966 wurde innerhalb der Fakultät für Bauingenieurwesen der neu geschaffene Lehrstuhl für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik besetzt: Prof. Hans-Georg Retzko betreut heute zusammen mit Prof. Klein die Fachrichtung „Eisenbahn-, Straßen- und Verkehrswesen". Diplomarbeiten dieser Fachrichtung können bei einem dieser Lehrstühle angefertigt werden, bei Prof. Klein auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens und des Straßenbaus und bei Prof. Retzko auf dem Gebiet der Verkehrsplanung und Verkehrstechnik, insbesondere Straßenverkehrstechnik.
Die Straßenverkehrstechnik ist eine verhältnismäßig junge Wissenschaft. Sie beschäftigt sich mit der Planung des Straßenverkehrs und unterscheidet sich insofern von anderen Fächern des Bauingenieurwesens, wie z. B. Statik und Massivbau, daß sie durch die Einbeziehung der Komponente „Zeit" im besonderen Maße eine dynamische Denkweise erfordert und darüber hinaus Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen.
Bevor Prof. Retzko 1966 nach Darmstadt berufen wurde, betreute Prof. Klein das gesamte Gebiet des Verkehrswesens. Aus dieser Entwicklung heraus ist es zu verstehen, daß Prof. Retzko trotz der weitgespannten Bezeichnung seines Lehrstuhls (Verkehrsplanung und Verkehrstechnik) nur ein Teilgebiet lehrt:

„Ich habe eigentlich zwei Akzente bei meiner Tätigkeit. Der eine Akzent ist die straßenverkehrstechnische Forschung. Sie führt notwendigerweise zur Zusammenarbeit mit Mathematikern und Mechanikern, z. B. über Verkehrsflußtheorien. Es geht darum, Gesetzmäßigkeiten im Verkehrsgeschehen aufzuspüren, sie zu beschreiben und die erkannten Gesetzmäßigkeiten für die Planungspraxis nutzbar zu machen. Ich denke beispielsweise an die Berechnung der Leistungsfähigkeit von Verkehrsanlagen, speziell von Knotenpunkten.
Die zweite Tätigkeit ist keine reine Forschungstätigkeit mehr, sondern sie ist verknüpft mit praktischer Planungstätigkeit und führt notwendigerweise zur Zusammenarbeit mit Planern in weitestem Sinne, mit Architekten, aber auch mit Sozialwissenschaftlern. Hier spreche ich also von Mitarbeit als Verkehrsplaner im Städtebau, vor allen Dingen von der Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl Guther in der Architekturfakultät."

Lehrstuhl

Innerhalb der letzten zwei Jahre entstand durch Prof. Retzko in Darmstadt nicht nur ein neues Forschungsgebiet, sondern auch ein für viele Studenten ungewohnter Lehrstuhlbetrieb: Am Anfang des Semesters werden Inhaltsverzeichnisse der Vorlesungen ausgeteilt, die später durch Umdrucke ergänzt werden. Prof. Retzko legt Wert auf einen logischen Vorlesungsaufbau, viele Zwischenüberschriften, spricht ruhig und verständlich (ein Student: „Er sagt alles dreimal"), so daß man am Ende des Semesters etwas hat, was oft zu vermissen ist: ein klares, knapp gehaltenes Vorlesungsmanuskript, das auch noch später als Lehrbuch verwendet werden kann.
Wenn jemand in der Vorlesung öfters auf die Uhr blickt, so ist es für Prof. Retzko Zeit, Fragen an seine Hörer zu stellen:

„Ich glaube sicher, daß das bisherige Verfahren der Vorlesung, daß sich ein Dozent vorne hinstellt und der Vortrag abläuft, langsam aber sicher verdrängt wird durch eine Unterrichtsmethode, bei der es nicht nur viele

Nehmende und einen Gebenden gibt, sondern wo Frage und Antwort hin und her gehen. Die Zeit, in der die Leute in den Hörsaal gingen, sich etwas anhörten und wieder nach Hause gingen, ist vorbei. Man muß Mitarbeit verlangen."

Die persönlichen Neigungen eines Diplomanden sollen bei der Wahl des Themas für die Diplomarbeit entscheidend sein. Je nach Wunsch bekommt der Diplomand eine theoretische Aufgabe oder eine praktische Planung,

„einen Maßanzug also, so daß er sich wirklich innerhalb der sechs bis acht Wochen in der Aufgabe wohlfühlt. Das ist sehr wichtig. Er soll ja nur zeigen, daß er in der Lage ist, eine Ingenieuraufgabe innerhalb einer bestimmten Zeit zu bearbeiten, mehr nicht. Die Betreuung verläuft so, daß er die Aufgabe mit einem ausführlichen Kommentar bekommt und daß er in den ersten 14 Tagen beliebig oft mit allen möglichen Fragen kommen kann, dann nach Möglichkeit nicht mehr, denn er muß auch einmal selbständig arbeiten. 14 Tage nach der Ausgabe der Diplomaufgabe findet eine Besprechung mit mir statt, wo ich versuche herauszufinden, ob der Diplomand auf dem richtigen Wege ist".

Nicht nur die Diplomarbeit, auch die Dissertation soll unter günstigen Voraussetzungen entstehen. Prof. Retzko plant, den Ablauf der Promotion mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern: Jeder Assistent soll zwei

Jahre Assistententätigkeit ausüben und in dieser Zeit ausschließlich für den Lehrstuhlbetrieb zur Verfügung stehen. Nach Ablauf dieser zwei Jahre bekommt er Gelegenheit zu promovieren, und zwar im Rahmen eines Forschungsauftrages (etwa der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen), der ihm während der Dauer der Promotion die Geldsorgen abnimmt. Der Doktorand wird von jeder Assistententätigkeit befreit, geht in „Klausur" und kann sich ausschließlich seiner Arbeit widmen.

Institut

Dem Lehrstuhl angeschlossen ist ein Institut, dessen Aufgabe es ist, an Hand spezieller Aufträge besondere Forschung zu treiben:

„Ich lege sehr großen Wert darauf, daß ich beratend tätig sein darf. Stadt und Land sind unser Labor. Das muß zweifellos in Grenzen bleiben und darf nicht in eine Ingenieurbürotätigkeit ausarten. Es dürfen nicht routinemäßige Dinge untersucht werden, sondern es müssen Rosinen herausgepickt werden, an denen wir unsere Methodik erproben können. Daß natürlich auch ein bißchen Nebenverdienst abfällt, ist klar. Da ich über sehr wenig Assistentenstellen (drei Planstellen) verfüge, habe ich dadurch die Möglichkeit, mehr Leute einzustellen. Ich bräuchte eigentlich zehn diplomierte Mitarbeiter, um effektiv arbeiten zu können. Wenn ich mir die Assistentenzahl an den Lehrstühlen innerhalb meiner Fakultät ansehe, bin ich recht kümmerlich ausgestattet. Aber ich tröste mich damit, daß dieser Lehrstuhl und das Institut neu geschaffen worden sind. Ich hoffe, eines Tages über eine größere Anzahl etatisierter Herren verfügen zu können, so daß ich nicht mehr um die Finanzierung meiner Mitarbeiter besorgt sein muß."

Dr.-Ing. Hans-Georg Retzko

geboren am 27. 11. 1928 in Hagen/Westfalen

1944/1945	Luftwaffenhelfer
1949	Abitur in Lübbecke/Westfalen
1950/1955	Studium des Bauingenieurwesens an der TH Hannover
1955/1961	wiss. Mitarbeiter und wiss. Assistent am Lehrstuhl und Institut für Verkehrswirtschaft, Straßenwesen und Städtebau (Johannes Schlums, jetzt Universität Stuttgart)
1961	Promotion
1961/1964	Baurat und Oberbaurat im Stadtplanungsamt Nürnberg, daneben 1961/1963 Lehrbeauftragter an der TH Hannover
1964/1966	Referent für Bauingenieurwesen im Städtebau im Niedersächsischen Sozialministerium in Hannover
1966	o. Professor für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik an der THD, Direktor des Instituts für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik an der THD

Organisation

Der Lehrstuhl- und Institutsbetrieb ist bis ins Detail durchorganisiert, angefangen von farbigen Laufmappen bis zu schriftlich niedergelegten Vorschriften, wie ein bestimmter Betriebsvorgang abzulaufen habe – eine Erleichterung für neue Mitarbeiter beim Einarbeiten:

„Man mag darüber lächeln, aber ich weiß, daß viel Leerarbeit geleistet wird, die nicht geleistet zu werden braucht. Wenn man die Dinge der Organisation vorher überdacht hat und sie an eine Sekretärin delegieren kann, so haben die Diplomingenieure und ich den Kopf frei für das, was wir eigentlich machen müssen."

Dazu gehören auch regelmäßige Besprechungen des Professors mit den Lehrstuhl- und Institutsangehörigen, die wie andere Dinge der Organisation genau eingehalten werden. Mancher Lehrstuhl könnte sich daran ein Beispiel nehmen, sei es nur, bestimmten, immer wiederkehrenden Vorgängen eine Kontinuität zu geben:

„Wichtiger Bestandteil der Arbeitswoche in Lehrstuhl und Institut sind zwei grundsätzliche Besprechungen, zu denen ich meine Mitarbeiter versammle. Am Montagvormittag findet eine Terminbesprechung statt, wobei zuerst ein Rückblick über die vergangene Woche gegeben wird. Ich möchte, daß meine Mitarbeiter über alles unterrichtet sind, was ich mache, und ich berichte kurz über Dinge, die ich bei Besprechungen oder Tagungen erlebt habe. Weiterhin gebe ich eine Vorschau auf die Termine der kommenden Woche und bespreche Terminwünsche. Wir machen also einen Wochenfahrplan. Wichtiger ist die Arbeitsbesprechung am Freitagnachmittag. Dort berichten Mitarbeiter über ihre Arbeiten oder Tagungen, an denen sie teilgenommen haben. Erfahrungen werden ausgetauscht, und der Vortragende muß sich mit den Kritikern seiner Arbeit auseinandersetzen."

»REISEBÜRO DARMSTADT«
LUISENPLATZ 1
TEL: 70321 TEL: 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 TEL: 06251/2291

Unzureichende Mittel

Gute Arbeit verlangt ausreichende Mittel. Damit ist Prof. Retzko nicht gerade gesegnet. Sind schon Anschaffungen ein Problem – auch in der Straßenverkehrstechnik kommt man nicht ohne Meßinstrumente, Kopiergerät und Kleincomputer aus –, so weiß er kaum, wie man den Unterhalt zum Beispiel für einen dringend benötigten Meßwagen von einem Jahresetat für „Lehrmittel" von ungefähr 12000 DM bestreiten sollte:

„Eigentlich sind das nicht einmal Lehrmittel oder gar Forschungsmittel, sondern überwiegend ein Verwaltungsetat zur Aufrechterhaltung des notwendigen Lehrstuhlbetriebes, also zur Befriedigung der Geschäftsbedürfnisse."

Man kann ihm nicht zumuten, die fehlenden Mittel durch Gutachtertätigkeit einzubringen. Es bleiben so einige Wünsche offen, auch wenn man – dank der guten Organisation – einen guten Eindruck von den Räumlichkeiten am Steubenplatz hat.

Interdisziplinäre Planung

Innerhalb kurzer Zeit erreichte Prof. Retzko während seiner früheren Tätigkeit, unter anderem als Oberbaurat in Nürnberg und Referent im Niedersächsischen Sozialministerium in Hannover, hohe fachliche Qualifikation. Seine Arbeit in der Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, wo er den Arbeitsausschuß „Verkehr im Städtebau" leitet, seine

Veröffentlichungen und aktuellen Beiträge innerhalb von Vorlesungen vermitteln das Bild eines rein fachlich engagierten Wissenschaftlers und Ingenieurs. In einer Zeit des Leber-Plans und wichtiger verkehrspolitischer Entscheidungen interessiert die politische Komponente innerhalb des Verkehrswesens:

„Die verkehrspolitischen Fragen behandeln wir Ingenieure nicht. Wir liefern nur die technischen Grundlagen für politische Entscheidungen. Wenn wir Planungen, z. B. für Gemeinden, erarbeiten, versuchen wir, technisch optimale Planungen vorzulegen in Form von Vergleichsvorschlägen. Die politische Willensbildung muß dann in der Gemeinde selbst erfolgen."

Die politische Willensbildung liegt aber heute zum großen Teil beim Planer, da ein Volksvertreter in seiner Entscheidung über Fachfragen den Spezialisten vertrauen muß. Dadurch ist dem Planer ein Machtmittel in die Hand gegeben, das mit Bedacht benützt werden sollte. Um das zu können, muß der Ingenieur sich mit den politischen Auswirkungen seiner Planung beschäftigen, er muß den Überblick behalten. Sonst läuft er Gefahr, als technische Hochleistungskraft von falschen Politikern mißbraucht zu werden. Eine Möglichkeit in dieser Richtung bietet die Planungsgemeinschaft, in der Vertreter verschiedener Disziplinen wie Stadtplaner, Volkswirt und Soziologe zusammenarbeiten und nicht, wie so oft, nacheinander an den Planungen des anderen ihrerseits Änderungen vorzunehmen versuchen. An der TH Darmstadt scheint sich auf dem Gebiet der Regionalplanung solch eine multidisziplinäre Zusammenarbeit von Professoren anzubahnen: Prof. Guther (Städtebau), Prof. Horn (Volkswirtschaft) und Prof. Retzko als Vorsitzender:

„Aus meiner Fakultät sind in diesem Professorenkollegium Prof. Bassler mit seinem Teilgebiet Wasserwirtschaft, Prof. Eichhorn (Geodäsie), Prof. Müller (Wasserversorgung, Abwasserwesen und Stadtbauwesen) und Prof. Klein (Eisenbahn- und Straßenwesen). Dann sind beteiligt ein Soziologe, Prof. Teschner, und Prof. Kade als Statistiker und Ökonometriker sowie Prof. Strickrodt (Finanz- und Steuerrecht) und Prof. Werdecker (Geographie).

Wir wollen an einem konkreten Fall der Regionalplanung unsere Zusammenarbeit beginnen. Durch die vorläufige Bildung einer GmbH könnte man die Zusammenarbeit institutionalisieren. Eine Eingliederung in den Hochschulbereich ist für später geplant."

Diese Planungsgruppe zeigt, wie sich die alten Fakultätsgrenzen von allein aufzuheben beginnen:

„Ich habe mit einigen Lehrstühlen meiner Fakultät fachlich keinen Kontakt. Ich brauche ihn auch nicht. Auf der anderen Seite besteht ein enger Kontakt mit Lehrstühlen anderer Fakultäten, mit denen ich trotz der Fakultätsgrenzen gut zusammenarbeite. Ich bin der Auffassung, daß der Bauingenieur, der Soziologe, der Architekt usw. ihre Ausbildung jeweils betreiben und sich zur interdisziplinären Zusammenarbeit zusammenfinden sollten, wobei die wichtigste Voraussetzung ist, daß jeder jeden versteht. Viel mehr braucht eigentlich nicht zu sein, denn jeder sollte auf seinem Fachgebiet sicher sein."

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19
Am Kraftwerk der TH

Reformen

Die Fakultät für Bauingenieurwesen beauftragte Prof. Retzko, einen Alternativvorschlag zu dem von Prof. Beck über den zweckmäßigsten Aufbau des Studiums vor dem Vordiplom zu machen. Aus der Sicht seines Fachgebietes, der Planung – im Gegensatz zum konstruktiven Ingenieurbau –, regte er an, eine Verklammerung zwischen dem Studium vor dem Vorexamen und dem Studium nach dem Vorexamen zu erreichen, so daß nicht mit Abschluß des Vorexamens die Mathematikvorlesungen aufhören, sondern weitergeführt werden durch Fächer wie mathematische Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung, damit sie in den parallel zu hörenden Fachvorlesungen auch gebraucht werden können. Dieser Studienplan sollte angereichert werden mit Vorlesungen über Bau- und Planungsrecht sowie über sozialwissenschaftliche Themen. Solche Vorlesungen gab es bislang in der Fakultät noch nicht, wären aber für die Planungswissenschaft eine wichtige Grundlage. Prof. Retzko war etwas enttäuscht, daß beide Vorschläge in der Fakultätssitzung nur kurz behandelt und dann beiseite geschoben worden sind. Andere Vorschläge, wie die Aufgliederung des Studiums in Spezialstudien eines Faches vom zweiten Semester an, fanden nicht seine Zustimmung:

„Es tritt die Grundsatzfrage auf, ob wir weiterhin daran festhalten wollen, Bauingenieure auszubilden. Wenn wir das wollen, müssen wir meiner Meinung nach eine einheitliche Grundausbildung bis zum Vorexamen haben. Wenn wir keine Bauingenieure mehr ausbilden wollen, dann müssen wir ehrlich sein und sagen, wir bilden einen Diplomstatiker, einen Diplomverkehrsingenieur usw. aus. Ich neige im Augenblick noch dazu, an der klassischen Bauingenieurausbildung festzuhalten, und meine, daß unser Studienplan in der Fakultät für Bauingenieurwesen etwa das äußerste darstellt, was man noch verantworten kann.

Sorge macht mir im Augenblick vor allem unser Verhältnis zu den Ingenieurschulen. Man hört, daß dort angestrebt wird, das Abitur zu verlangen und die Semesterzahlen zu erhöhen. Andererseits wird bei uns der Stoff nach Umfang und Inhalt laufend reduziert. Das muß zwangsläufig zu einer Nivellierung führen. Hier zeigt sich deutlich, daß eine übergeordnete Konzeption der Bildungsplanung fehlt.

Ich könnte mir eine Umstrukturierung der Hochschule vorstellen, ähnlich wie sie zur Zeit an der TH Dortmund betrieben wird, wo ein Zentralinstitut, dem verschiedene Lehrstühle angegliedert sind, eingerichtet wird. Wichtig ist, daß neue Lösungen organisch aus dem Alten entwickelt werden. Es ist im Leben immer gefährlich, Wurzeln abzuschneiden. Ich habe meine Wurzeln immer noch in den Ingenieurwissenschaften, und die möchte ich nicht aufgeben."

Die Hoffnung auf Reformen wird bei den Studenten nicht dadurch wachsen, daß man Veränderungen organisch vornehmen und die Wurzeln des Althergebrachten behalten möchte. Alle Evolutionen bestehen aus kleinen Revolutionen, aus Sprüngen auf dem Weg der vollkommenen Be-

freiung vom Alten und Gewohnten. Nur wenn jemand einen Schritt weiter vorne ist, als es die allgemeine Entwicklung verspricht zu werden, erreicht er wirksame Reformen. Diese Bereitschaft, den Schritt voraus zu tun, gesteht man im allgemeinen nur jungen Menschen zu, nicht ohne ihnen aber auf die Schulter zu klopfen und mit erhobenem Zeigefinger lächelnd zu demonstrieren, daß dieser jugendliche Revolutionseifer sich nur im Rahmen eines Spieles bewegen dürfe, sozusagen als Fortsetzung des Trotzalters.

Von den jungen Professoren erwarten die Studenten, daß mit ihnen statt Schulterklopfen und Mahnen ein Gespräch zustande kommt. Auf sie setzen die Studenten gefühlsmäßig ihre Hoffnungen, in der Meinung, diese seien noch nicht allzu weit von den Jahren ihrer „Sturm- und Drang"-Zeit entfernt.

Doch oft werden solche Hoffnungen enttäuscht. Der junge Professor ist meistens noch mit dem Aufbau seiner Karriere beschäftigt und möchte sich weniger darum kümmern, was Studenten in der Hochschulpolitik an Wünschen vortragen und verfechten. Im Professorenkollegium ist oft Vorsicht geboten vor alteingesessenen Kollegen, deren Rat und Stimme durch Alter und fachlichen Einfluß für den jungen Professor günstig oder gefährlich sein können.

Prof. Retzko zögert sehr, auf Fragen nach dem Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Studenten zu antworten, und gibt offen zu, daß er sich damit noch nicht beschäftigt hat:

> „Ich bin dafür, daß Studenten in Berufungskommissionen mitwirken, in welchem Umfange, das müßte noch diskutiert werden. Ich persönlich habe noch keine konkreten Vorstellungen, aber ich werde mich sicherlich auf den Fakultätssitzungen dafür einsetzen, daß überhaupt Studenten mitmachen."

Und zur Öffentlichkeit von Fakultätssitzungen:

> „Eine grundsätzliche Öffentlichkeit einer Gesamtfakultätssitzung ist abzulehnen, weil viele Fragen besprochen werden, die außerhalb der Fakultätsgrenzen nicht unbedingt bekannt werden müssen. Das schließt nicht aus, daß Studentenvertreter bei der Behandlung dieser internen Fragen zugegen sind. Wenn es beispielsweise um Mittel oder Verhältnisse zu anderen Fakultäten oder um Personalia geht, dann sollte man das, was vertraulich ist, in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandeln. Ein großer Teil der Fakultätssitzungen kann aber öffentlich sein."

Man sieht deutlich, wie schwierig es für einen jungen Professor ist, zu dem Bereich des Fachlichen, in dessen Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Tagungen er zu Hause ist, den Bereich der Hochschulöffentlichkeit hinzuzugewinnen, sich also mit Kollegen und Studenten über seine Hochschule auseinanderzusetzen. Daß ausgerechnet bei den jüngeren Hochschullehrern eine bewußte Abneigung gegen jegliche politische Betätigung zu finden ist, kann man mit den Jugenderfahrungen, den Enttäuschungen während der letzten Jahre des Dritten Reiches erklären. Man kann es aber nicht entschuldigen. Man kann darauf nur die Antwort geben, daß gerade aus diesen Erfahrungen heraus die Verpflichtung entstehen müßte, in der Hochschule nicht nur als Forscher zu wirken, sondern auch Lehrer zu sein, also mit den Studenten im Gespräch und der Unterweisung darauf hinzuarbeiten, daß das richtige, offene politische Bewußtsein entsteht, das Wiederholungen der Fehler der Vergangenheit verhindern hilft.

Lehrer sein zu können als Vorbild und Partner zugleich ist die Chance unserer jungen Professoren. Wenn sie dabei „entwurzelt" werden und ihre „Karriere" gefährdet ist, so kann das eine Bestätigung dafür sein, daß sie einen Schritt voraus sind.

Wenn Sie Ihr Studium beendet haben,

wollen Sie

in einem Unternehmen arbeiten, das krisenfest, wachstumsintensiv, ertragskräftig und auf dem Markt angesehen ist;

wünschen Sie sich

einen sicheren Arbeitsplatz mit einer Ihrer Leistung entsprechenden Entlohnung und günstigen sozialen Leistungen;
gute Arbeitsbedingungen bei gerechter Behandlung, Achtung und Anerkennung;
eine Chance für Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in einer verantwortungsreichen Tätigkeit.

Unser Ziel ist es,

durch konsequente Arbeit die Qualität und die Gebrauchstüchtigkeit unserer Erzeugnisse laufend zu erhöhen und dadurch im Wettbewerb mit an der Spitze zu stehen;
durch Anwendung von Rationalisierungserkenntnissen die Wirtschaftlichkeit zu verbessern;
durch gerechte Entlohnung und Anerkennung die Leistungsbereitschaft und den Ideenreichtum unserer Mitarbeiter zu mobilisieren;
durch Aus- und Weiterbildung allen unseren Mitarbeitern die Möglichkeit zu weiterer Entfaltung zu bieten.

Sie erkennen,

Ihre Wünsche und unsere Ziele decken sich.

Wir werden Ihnen den Weg in die moderne Technik erschließen, wenn Sie bereit sind, dynamisch und im rechten Teamgeist mitzuarbeiten. Schreiben Sie uns; wir unterhalten uns gern mit Ihnen.

BBC
BROWN BOVERI

BROWN, BOVERI & CIE
AKTIENGESELLSCHAFT
6800 Mannheim 1
Postfach 351 · Abt. PAF III

96 966 b

Knut Feiert

DEFEKT

Notstand im Rechenzentrum

Wozu Rechenanlagen?

Eine elektronische Datenverarbeitungsanlage kann in sehr kurzer Zeit sehr viele Rechenoperationen durchführen; durch Computer ist es unter anderem möglich, schwierige Großexperimente schnell auszuwerten. Der Windkanal bei den Maschinenbauern und der Linearbeschleuniger bei den Kernphysikern können effektiver genutzt werden. Weiterhin lassen sich die für Wettervorhersagen notwendigen Berechnungen noch am selben Tag durchführen.

Dies alles sollte an der THD durch das im Januar 1966 eingeweihte Rechenzentrum ermöglicht werden, das seit 1968 ein selbständiges Institut ist. Es wird von einem Vorstand geleitet, der aus dem jeweiligen Geschäftsführenden Direktor des Mathematischen Instituts und vier weiteren Lehrstuhlinhabern der THD besteht. Die Mitglieder werden vom kleinen Senat auf die Dauer von drei Jahren bestellt. Zur Zeit ist der Geschäftsführende Direktor des Mathematischen Instituts, Prof. R. Lingenberg (Lehrstuhl für Mathematik III), gleichzeitig Geschäftsführender Direktor des Rechenzentrums. Er hat die Entscheidungsbefugnis über Einstellung von Personal ab Gehaltsgruppe BAT V und über Ausgaben in Höhe von 10000 bis 50000 DM. Die übrigen laufenden Geschäfte werden vom derzeitigen Betriebsleiter Dr. W. Barth wahrgenommen. Den Vorsitz im Vorstand hat gegenwärtig Prof. R. Piloty (Lehrstuhl für Nachrichtenverarbeitung) inne. Weitere Mitglieder sind die Professoren K. Klöppel (Lehrstuhl für Statik und Stahlbau), W. Oppelt (Lehrstuhl für Regelungstechnik) und H. Witte (Lehrstuhl für Physikalische Chemie). Weiterhin hält sich hartnäckig das Gerücht, es existiere ein Beirat, der für die Kommunikation zwischen Benutzern und Vorstand sorge; ins Licht der Öffentlichkeit getreten ist dieses Gremium, dem auch Assistenten und Studenten angehören sollen, bislang noch nicht.

Während der Zeit von Anfang 1966 bis Anfang 1968 stieg die Rechenzeit linear von ca. 50 Stunden pro Woche auf ca. 120 Stunden pro Woche. Das bedingt jetzt Wartezeiten auf einen Kurzlauf (maximal 3 Minuten) von 12 Stunden, auf einen Normallauf (maximal 10 Minuten) von 24 Stunden und auf einen Langlauf von einer Woche.

Wenn man 12 Stunden Wartung veranschlagt, ergibt sich eine maximale Rechenzeit von 156 Stunden pro Woche; spätestens Anfang 1969 wird das Rechenzentrum voll ausgelastet sein.

Was tun?

Ein Vorschlag Prof. Schmiedens (Jahresbedarf 1967: 0,89 Stunden Rechenzeit): „Dann muß eben weniger gerechnet werden!" Die Durchführung dieses Vorschlages würde für viele Benutzer eine starke Einschränkung ihrer wissenschaftlichen Arbeit bedeuten. Abhilfe ließe sich dagegen – zumindest für eine gewisse Zeit – durch organisatorische Maßnahmen schaffen. Eine bessere Beratung über Möglichkeiten des Betriebssystems und bei der Fehlerauffindung bei Programmen, die in den hier möglichen Programmiersprachen (FORTRAN, COBOL, MAP, ALGOL) geschrieben sind. Weiterhin könnte eine mathematische Beratung zur zeitlichen Optimierung bei großen Programmen Ersparnis an Rechenzeit bringen. Außerdem sollte die Weiterführung des regulären Betriebs in drei Schichten mit entsprechend ausgebildeten und bezahlten Operateuren in Erwägung gezogen werden. Deshalb ist geplant, eine Benutzerordnung mit Hinweisen auf das Betriebssystem herauszubringen und die Programmiersprache FORTRAN in den zur Zeit bestehenden Programmierkurs aufzunehmen. Ebenso will man aus Statistiken über abgebrochene Jobs und Maschinenausfallzeiten Aufschlüsse über mögliche Ansatzpunkte für Abhilfen gewinnen. Aber auch dies alles würde den Zeitpunkt, in dem die Sättigung erreicht ist, nur unerheblich verzögern. Deshalb muß an eine Verbesserung der maschinellen Ausrüstung des Rechenzentrums gedacht werden.

Kleine Lösung

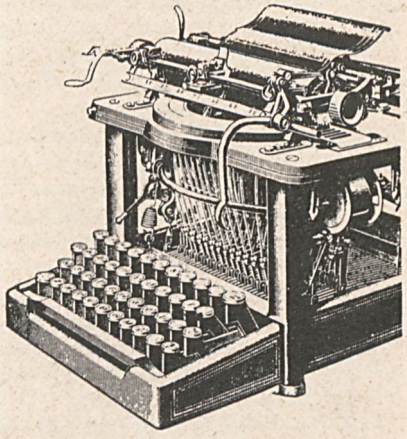
Zunächst könnte man an einen Ausbau der bestehenden Rechenanlage gehen. Das wäre der Umbau der vorhandenen IBM 7040 auf den schnelleren Typ IBM 7044 und die Anschaffung eines Plattenspeichers für das Betriebssystem des Rechners. Diese Umstellung, deren Kosten sich auf ca. 2 Millionen DM belaufen würden, bedeutete einen Zeitgewinn von 30 bis 40% – nicht gerade viel, wenn man bedenkt, daß damit die Leistungsgrenze nur anderthalb Jahre später erreicht würde.

Vernünftige Lösung

Eine reale Möglichkeit wäre die Anschaffung einer Maschine, die ungefähr die zehnfache Schnelligkeit der IBM 7040 hätte. Eine solche Maschine wäre etwa der Telefunkenrechner TR 4, der ca. 4 Millionen DM kostet und die Möglichkeit hat, sieben Programme gleichzeitig zu bearbeiten und dessen Bandeinheiten ca. 100mal schneller sind als die im Moment benutzten.

Maximallösung

Von der THD wurde ein vorfühlender Antrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) auf einen Rechner mit der zehnfachen Schnelligkeit der IBM 7094, die zur Zeit noch im Deutschen Rechenzentrum (DRZ) in Benutzung ist, gestellt. Ein solcher Rechner würde ca. 8 bis 10 Millionen DM kosten; als Typen kämen der Telefunkenrechner TR 440, eine IBM 360/75 oder eine ICT 1907 in Frage. Eine solche Maschine würde in der zweiten Ausbaustufe den sogenannten Konsolbetrieb erlauben. Damit hätte man die Möglichkeit, an den einzelnen Instituten über spezielle Ein- und Ausgabegeräte (zum Beispiel



Bildschirm und Tastatur) mit dem Rechner in Kontakt zu treten. Außerdem wäre eine zweite Ein- und Ausgabestation in dem im Bau befindlichen neuen Teilhochschulbereich auf der Nachtweide wünschenswert.

Finanzierung

Es wird schwierig sein, für alle diese Möglichkeiten Geldgeber zu finden. Das Land Hessen, das mit Mühe und Not gerade für die Deckung der laufenden Ausgaben aufkommt, wird wohl nicht in der Lage sein, wie das Land Nordrhein-Westfalen, das die TH Aachen mit einer sehr guten Anlage ausgestattet hat, die Wünsche der THD zu erfüllen. Auch wird im Moment aus Mitteln der DFG das Deutsche Rechenzentrum erweitert. Deshalb wird auch von dieser Seite die Finanzierungswilligkeit nicht sehr groß sein.

Man sollte sich daher trotz akademischer Bedenken überlegen, ob man nicht eine Lösung wie in Stuttgart ins Auge fassen sollte, wo man gegen Ermäßigung des Kaufpreises und Übernahme der Wartungskosten durch die Lieferfirma, dieser für eine Schicht die

Rechenanlage überlassen hat. Außerdem sollte man den Gedanken an Verkauf von Rechenzeit an die Industrie nicht zu weit von sich schieben. Zum Beispiel könnte dies über Abrechnung der Zeit, die für Industrieaufträge verbraucht wird, geschehen.

Und inzwischen?

Um für die nächste Zukunft eine brauchbare Zwischenlösung zu schaffen, steht die Hochschule mit der DFG in Verhandlungen, um für TH-Benutzer einen leichteren Zugang zum DRZ zu schaffen. Gegenwärtig können nur die Arbeiten, für die die Maschine der THD zu klein ist, auf der IBM 7094 des DRZ gerechnet werden. Außerdem müßte noch die Frage der Finanzierung (gegenwärtig 240,– DM/h) geklärt werden. Dies könnte erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn die neue Anlage des DRZ voll einsatzfähig ist, was wahrscheinlich erst Anfang nächsten Jahres der Fall sein wird.
In absehbarer Zeit wird sich also am TH-Rechenzentrum keine Änderung ergeben; im Gegenteil, man wird längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Ebenso bis auf weiteres das Schild: „1401 defekt".

ANTI-KABARETT

Hochschulwoche 68

Floh de Cologne. So heißt ein Kabarett, bei dem fast nichts stimmt: Weder sind es Flöhe noch Kölner noch überhaupt ein Kabarett. Das Programm beginnt mit einem Programm: Vom Tonband kommt eine Vorführung etablierter Spaßmacher vom Schlage der Lach- und Schießgesellschaft:

Kies hahaha
Barz hohoho
Lüb nicht enden wollendes Gelächter

Die Witze reduzieren sich bald auf eifrig belachte Rülpser; ein fröhlicher Furz bildet die Zugabe.
Dem setzen die Flöhe ihre Form des Kabaretts entgegen: Pop, Information, Polemik. Tonbandgeräusche, Lichteffekte (zwei äußerst realistische nackte Torsos als einzige Dekoration tragen an pikanten Stellen Bedienungsknöpfe) und Farbdias schaffen keine heimelige Kelleratmosphäre voll Intellekt, in der die elfte Muse ansonsten gedeiht. Naive Gemüter sind schockiert.
Über die politischen Absichten der fünf Agitatoren wird man nicht im unklaren gelassen. Über Lautsprecher ertönen von Zeit zu Zeit die Thesen, auf die sich die ganze Arbeit der Flöhe stützt: Wir leben in einem kapitalistischen Staat, der Freiheit verhindert; dieser Staat muß in einen sozialistischen umgewandelt werden. Alle Szenen, Lieder, Zitate, Sprechchöre dienen letztlich nur zur Illustration der politischen Analyse und Folgerung.
Entsprechend unbequem sind die Themen, an denen die gegenwärtigen Verhältnisse kritisiert werden: Konsum (geplanter Verschleiß), Werbung (Hudson, denn ich kaufe, was ich will), Lob der Arbeit (Automation führt zu höherer Produktionskapazität, diese wird in steigende Unternehmerprofite umgesetzt und nicht in kürzere Arbeitszeit). Die sogenannten sozialen Maßnahmen unseres Staates sind ungenügend und kommen zu spät.

Am blutbeschmierten Kittel des Sanitäters erkennt man seine Hilfsbereitschaft am besten.
Krieg – unsozial
Kriegshinterbliebenenrente – sozial

Der sexuell verklemmten Gesellschaft wird ungeniert unter die Röcke geleuchtet. Aus dem Schulbuch-Lesestück „Die Pflicht zur Arbeit" wird durch bloßes Auswechseln der Wörter „Die Pflicht zum Beischlaf" in ihrer gottgewollten Großartigkeit. Beim Sprechchor „Ficken ist ungesund" verläßt ein jungverlobtes Paar ostentativ den Saal.
Überhaupt hat das Publikum viel auszuhalten. Am Anfang, beim Beifall vom Tonband, ist man noch betroffen; bald aber amüsiert man sich über den Beleuchter, der an den Statuen herumfummelt. Ein paar Oberrevolutionäre glauben, bei jedem wahren Satz lautstark in die Patschhändchen klatschen zu müssen. Auf der Bühne wird ein Interview gespielt: „Was ist Sozialismus? – Na, so für de Aabeiter was." Da lachen die Leute, die selbst nicht wissen, was Sozialismus ist. Aber die Strafe folgt auf dem Fuß: Nach dem Spiel laufen die Interviews original vom Tonband ab. Schweigen. Auch der, der schon so etwas ahnte, kann sich nicht freuen; was ist eigentlich Sozialismus?
Dann werden Wörter und Sätze hergebetet, Schlagwörter, wie man gleich merkt. Aber es hört nicht auf: zuerst die Sprüche unserer Bundespolitiker, dann unsere Kommunalpolitiker, dann unsere Hochschullehrer, dann ... wir. Die Wörter (jeder hat sie schon gebraucht) werden widerlich und hinterlassen eine schlechten Geschmack im Mund.
Aber das Lachen sitzt doch locker. Der Gefahr, durch Beifall und fröhliches Gelächter eingemummt zu werden, entgeht auch das Quintett der Flöhe nicht. Ganz zum Schluß allerdings (nachdem zur Verweigerung dessen aufgefordert worden war, was „man" von einem erwartet) wurde das Publikum doch noch einmal an der Nase herumgeführt: Zum Schlußapplaus erschien das Popartett nicht persönlich, sondern auf Lichtbildern.

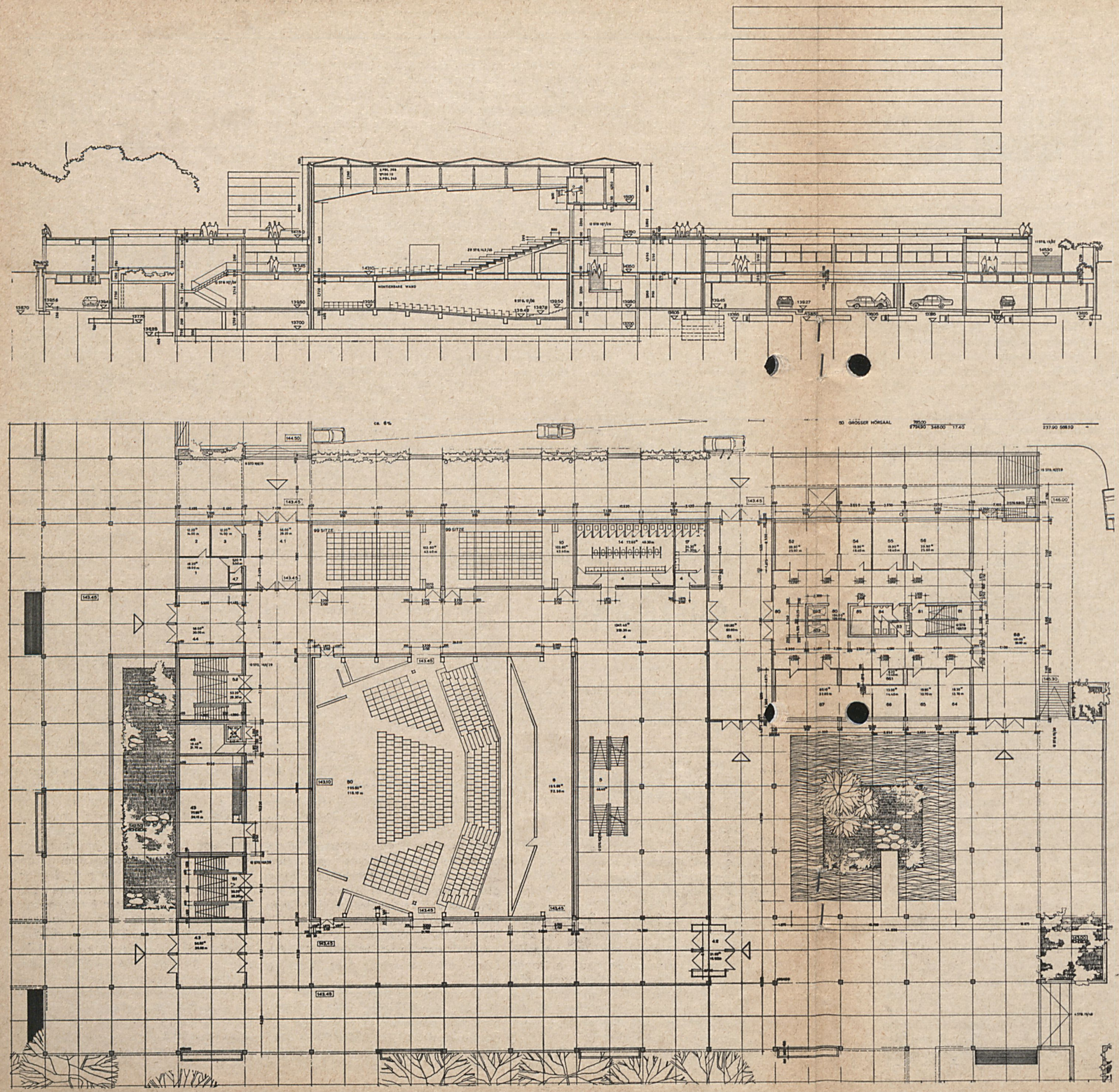
fari

EIN HELDENEPOS

Hochschulwoche 68

Der Held heißt Victor. Er stirbt an seinem neunten Geburtstag als Revolutionär, als unvollendeter Kämpfer für den Fortschritt. Er hat alles gesagt und wurde doch nicht verstanden von den Erwachsenen, die sich hassen und lieben nach dem Motto: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein." Werner Klein inszenierte mit dem Schauspielstudio an der THD zur Hochschulwoche Roger Vitrac's bürgerliche Groteske **„Victor oder Die Kinder an der Macht"** (1928), nach der Anouilh-Fassung geändert und auf den „neuesten" Stand gebracht.
Schon das Programm verrät es: Der Inhalt ist brandaktuell. Es geht um die Zerstörung der „bürgerlich-reaktionären" Idylle. Victor (der jungenhaft-altkluge Klaus Mohr) besorgt das im Flegelalter, schockiert seine Eltern (wie immer gut, Werner Klein und die attraktive Heidemarie Apitz) und deren Freunde, unverstanden von seiner Spielgefährtin Ester (Petra erfreut durch ungewohnte Lebendigkeit). Der Zuschauer gesteht aber den Erwachsenen ihr Spießertum ebenso zu wie den Kindern ihre Revolution. Victor kann noch so lange auf dem Bett herumtanzen und schreien: „Ihr müßt begreifen, daß ihr verändern müßt." Kinder werden ins Bett geschickt, wenn sie „unartig" sind. Am Schluß sterben fast alle; das ist natürlich. Man lacht und hat sein bürgerliches Heldenepos gehabt.
Zeitnahes Theater? Werner Klein war schlecht beraten, mit diesem Stück sein „politisches Theater" zu beginnen. Zeitkritische Fragen sind aktuell, aber klischeehafter dargestellt als das Spießertum. So muß man den Beifall des Publikums bedauern, das sich für einen unterhaltsamen Abend bedankte – zu Recht für das schnell und dramatisch agierende Ensemble, zu Unrecht aber für diese Groteske, die nicht mehr ist als ein Trauerspiel.

eb



REPRESSIVE ZUSCHUSSE: NUR 700 PLÄTZE

Hochschulzentrum + Hörsaalgebäude

Wieder einmal befindet sich im Hochschulbereich eine Quelle des Verdrusses: das 10 800 m² große und 8,5 m tiefe Loch zwischen Mensa und Büchnerplatz. Angesichts dieser Ausmaße ist es verständlich, daß die Autofahrer, die sich zusätzlich der Parkplätze vor der Mensa beraubt sehen, darüber nicht unbedingt begeistert sind. Zum anderen wirkte die Ramme, die sich mit genausoviel Lärm wie Erfolg betätigte, auf die Arbeit der umliegenden Institute bestimmt nicht gerade anregend. Solche Nachteile sind freilich zu bedauern; es ist jedoch zu hoffen, daß die Füllung des Lochs diese Unannehmlichkeiten rechtfertigen wird.

Wie nun wird diese Füllung, genannt „Hochschulzentrum", aussehen? Auf Mensaebene, ein Stockwerk über dem Büchnerplatz, erstreckt sich eine Betonplattform von Breite und Länge der jetzigen Ausschachtung. Aus ihr ragen zwei Geschosse hoch der Hörsaaltrakt und sieben Geschosse hoch das Verwaltungsgebäude. Der niedrige fensterlose Hörsaalbau ist nach dem Plattformrand an den Herrngarten grenzend plaziert. Dagegen weicht das hohe Gebäude aus städtebaulichen Gründen soweit wie möglich in Richtung des Instituts von Professor Stromberger zurück.

Um nun den Inhalt des Hochschulzentrums kennenzulernen, gehe der geneigte Leser von der Annahme aus, es sei bereits fertiggestellt, und entdecke den Inhalt vom Keller aus emporsteigend. Gehört man zu den 42% der Studenten, die motorisiert sind, bietet sich bei einer Anfahrt vom Schloßgraben her unter der Alexanderstraße hindurch die Gelegenheit, in den Keller einzufahren, den gesamten Komplex unterirdisch zu umkreisen und bei der Alexanderstraße wieder Straßenniveau zu erreichen. Unterwegs fährt man an Parkflächen vorbei, die vermutlich den Hochschulspitzen vorbehalten sind, kann bequem Mitfahrer aus- und einladen und wird in fernen Zeiten zu einer mehrstöckigen Tiefgarage im Hochschulinnenhof abzweigen können. Außerdem sind von hier bereits mehrere kleine Hörsäle zugänglich.

Da man als Student bedauerlicherweise nicht nur zu studieren, sondern auch eine Menge lästiger Formalitäten zu erledigen hat, wurde das nächste Stockwerk auf Büchnerplatzebene ganz in diesen Dienst gestellt. Sämtliche Sekretariate für studentische Angelegenheiten und die Gebührenstelle befinden sich hier im Sockel des Verwaltungstrakts.

Entsteigt man diesem Bereich des notwendigen Übels, bietet die nächste Ebene eine Vielfalt von Möglichkeiten. Auch dieses Stockwerk des Verwaltungsgebäudes ist studentischen Interessen vorbehalten. Hier befinden sich Anschlagbretter aller Art, so daß man nach einem Rundgang entlang der ganz aus Glas bestehenden Außenwand entschieden schneller und besser informiert ist als bisher.

Doch ist nicht nur hier gewaltig rationalisiert worden, die Plattform ermöglicht auch kurze Wege zu Mensa, umliegenden Instituten und Hörsälen. Nicht zuletzt soll sie der Erholung dienen. Zu diesem Behufe befindet sich vor dem Verwaltungsgebäude ein großes Wasserbecken: neben dem Informationszentrum das Erholungszentrum.

Von hier aus trennen nur noch wenige Schritte von dem dritten wichtigen Element dieser Ebene: dem lange erwarteten und lange geplanten Auditorium Maximum (dds vom Nov. 1961 meldet: ungefährer Baubeginn Herbst 1962).

Das neue Hochschulzentrum:
Auditorium Maximum, Hörsäle, Verwaltungsbau
(Grund- und Aufriß)

ZUFÄLLIG EIN HÖRSAAL?

Durch die völlig verglaste Front gelangt man in das Foyer, in dem man dank hochschulinterner Initiative irgendeine Ausstellung vorfindet. Doch währt die Freude an der Kultur nicht lange, denn das Audimax, mit seinen etwa 700 Plätzen der größte Hörsaal der TH, ist in erster Linie nur „großer Hörsaal" und für andere Zwecke kaum geeignet. Das mag allgemein enttäuschen, denn man hatte sich eigentlich einen so vielseitigen Saal gewünscht, daß er als Zentrum des Hochschullebens fungieren kann.
Das Auditorium Maximum verdient also seinen Namen eigentlich nicht: Es können dort weder akademische Feiern (Immatrikulationsfeier, Rektoratsübergabe), noch studentische Versammlungen stattfinden; man muß sich auch in ferner Zukunft in die nach Eintopf und Jägerschnitzel duftende Otto-Berndt-Halle zurückziehen. Für eine 6000–köpfige Studentenschaft müßte einfach ein Saal mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1500 Personen zur Verfügung stehen! Das Hochschulbauamt trifft an der mangelhaften Planung allerdings nicht so viel Schuld, wie man

glauben könnte: Der Bund als Geldgeber unterstützt nur reine Hörsäle mit weniger als 700 Plätzen und beruft sich damit auf eine Empfehlung des Wissenschaftsrates, der Großhörsäle wegen des fehlenden Kontakts zum Dozenten ablehnt. So ist beispielsweise eine Raumgestaltung, die den Saal zusätzlich für musikalische Veranstaltungen geeignet gemacht hätte, verhindert worden. Jedoch versucht das Hochschulbauamt sein Möglichstes, um den Wünschen Prof. Marguerres, dem hiesigen Repräsentanten musikalischer Interessen, entgegenzukommen, soweit es die Gegebenheiten zulassen. Der Geldmangel erstreckt sich ebenso auf die technische Ausstattung, wo man zwar alle Voraussetzungen für Fernsehprojektion sowie für eine Simultanübersetzungsanlage geschaffen hat, die Geräte selber jedoch nicht vorhanden sind.

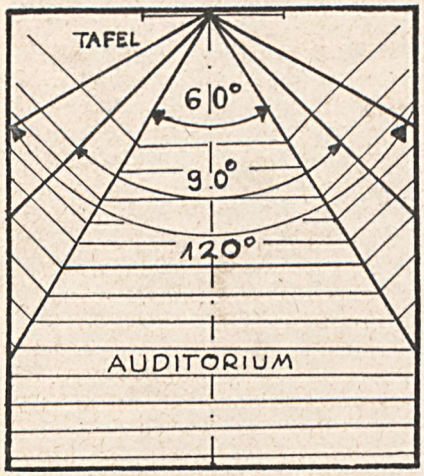
Dagegen hat sich das Hochschulbauamt bemüht (gestützt auf schlechte Erfahrungen), die Bedingungen für einen guten Hörsaal möglichst vollständig zu erfüllen. Die vier Tafeln werden von den Seiten hereingeschoben, so daß sie sowohl die Breite der gesamten Stirnwand ausfüllen, als auch völlig aus dem Gesichtsfeld des Auditoriums entfernt werden können. Befindet sich dann der bewegliche Schalldeckel über den Tafeln in geeigneter Stellung, ist die Stirnwand frei für Dia- und Filmprojektion, was in vielen Vorlesungen ebenso unerläßlich ist wie vor den Hörern durchgeführte Versuche. So sind auch für chemische und physikalische Demonstrationen die Voraussetzungen auf dem 40 cm hohen Podium geschaffen (versenkbare Energieblöcke wie im Großen Physikhörsaal), so daß das Audimax wenigstens hinsichtlich der Vielseitigkeit eines Hörsaals nichts zu wünschen übrig läßt. Überhaupt ist der Audimax-Trakt im wesentlichen zum Hörsaalgebäude geworden: er enthält zusätzlich noch vier kleinere Hörsäle mit 300, 204, 185 und 85 Plätzen, sowie zwei weitere mit je 99 Sitzen: statt Kulturzentrum Lernzentrum.
Sind die unteren Gefilde des neuen Baues vorwiegend dem Publikumsverkehr vorbehalten, gerät man beim Besteigen des Verwaltungssilos mit zunehmender Höhe in immer illustrere Kreise. Sieben Stockwerke erheben sich über der Plattform, von denen vier (2.–5. Stock) die Organisation des Kanzlers sowie Kasse und Auslandsamt beherbergen. Vom Kanzler, der gleichsam über seinen Leuten thronend im 5. Stockwerk sitzt, gelangt man im 6. Stock zum Rektorat und dem Rektor selbst. Der 7. und oberste Stock ist der akademische Olymp; hier befinden sich Senatssaal und einige Konferenzräume.
Es ist bedauerlich, daß dieser ganz den Organisationen vorbehaltene Bau nicht noch Platz für studentische Selbstverwaltung enthält, wie es doch ursprünglich vorgesehen war. Warum die Studenten plötzlich keine Räume mehr bekommen sollen, ist nicht recht klar; die Verwaltung kommt zur Zeit mit ihrem Platz sicherlich nicht sehr gut aus, aber es ist nicht einzusehen, wieso der Kanzler in Zukunft vier Stockwerke à 350 m² braucht. Vielleicht sollte sich der Planungsausschuß doch noch einmal mit dieser Frage beschäftigen.
Die Studentenschaft ist eine Gliedkörperschaft der Hochschule. Es wäre schön, wenn dieser so oft strapazierte Satz hier Wirklichkeit würde und das neue Gebäude ein Symbol für das neue Verständnis der Hochschule werden könnte.

Regina Rehbock

Die Vorlesungskritik der Fachschaft M/Ph vom Wintersemester 67/68 hat unter anderem bedenkliche Ergebnisse bezüglich der großen sowie einiger kleinerer Hörsäle zutage gebracht. Beschränkt man die Betrachtung zunächst auf die großen Säle, die angesichts der steigenden Anfängerzahlen immer mehr an Bedeutung gewinnen, fällt der Gegensatz „Großer Physiksaal" (9/30) und „Großer Elektrotechnik-Saal" (31/1) direkt ins Auge.
Offenbar wird der Physiksaal den an einen großen Hörsaal gestellten Erfordernissen weit besser gerecht als der neuere ET-Saal. Daraus ergeben sich sofort die Fragen, wie es zu einem solchen „Rückschlag" kommen konnte, welche Probleme die Planung beeinflussen und wie letzten Endes der ideale Hörsaal beschaffen sein muß.
Grundlage zur Konstruktion des idealen Hörsaals müssen die Ansprüche sein, die sowohl die Hörer als auch die Vortragenden stellen. Der Hörer wünscht an jedem Platz gute Akustik, gute Sicht, ausreichende Beleuchtung, möglichst natürliches Licht und frische Luft (aber keinen Zug). Die Sitze sollen ihm nach 2–3 Stunden noch keine Rückenschmerzen bereiten und für jede Beinlänge sollte ausreichend Platz vorhanden sein, nicht wie im ET-Saal, wo man mal etwas ganz Neues und Modernes haben wollte, dazu die Mappenablage vergaß (sie wurde nachträglich montiert) und nun dem Hörer Qualen bereitet. Außerdem ist eine hinreichend große Schreibgelegenheit nötig.
Die Wünsche des Dozenten lassen sich auf den einen Nenner bringen: optimaler Kontakt zum Auditorium. Hieraus ergibt sich die Ablehnung technischer Hilfsmittel wie Mikrophon und Schreibgerät, das heißt, die Akustik muß ein Durchdringen der Stimme erlauben, und es müssen Tafeln von ausreichender Größe und guter Einsehbarkeit vorhanden sein. Bei Hörsälen für mehr als 400 Hörer ist die Sprachverständlichkeit ohne Übertragungsanlage nicht mehr realisierbar, da bereits im Auditorium durch Geräusche 45 Phon erzeugt werden, denen der Dozent 60–65 Phon entgegensetzen müßte.

Akustik

Die Anforderungen der Akustik wirken sich stark auf die Raumgestaltung aus. So sollte beispielsweise die Deckenhöhe im hinteren Teil des Saales wieder abnehmen, während die Sitzreihen ansteigen müssen, damit der Gangunterschied zwischen Direkt-Schall und reflektiertem Raum-Schall möglichst klein bleibt (siehe Skizze). Dem steht entgegen, daß die Säle dadurch oft



Warum man im Großen Elektrotechnikhörsaal nichts sieht

bedrückend wirken. Ebenso wie also hier die Atmosphäre des Raums zu berücksichtigen ist, spielt sie auch bei der Auswahl der verwendeten Materialien mit, die ja zunächst akustischen Bedingungen genügen müssen. Während die Stirnwand schallhart zu sein hat, also maximal reflektierend und minimal absorbierend, werden in Höhe der Hörer und an der Rückwand schallabsorbierende Stoffe gebraucht. Das hat schwerwiegende Folgen: große Fensterflächen sind nicht möglich, da Glas ein ausgezeichneter Reflektor ist und zum anderen bei eventueller Verdunklung die Akustik enorm verändert würde. Also ist natürliche Beleuchtung nicht möglich.

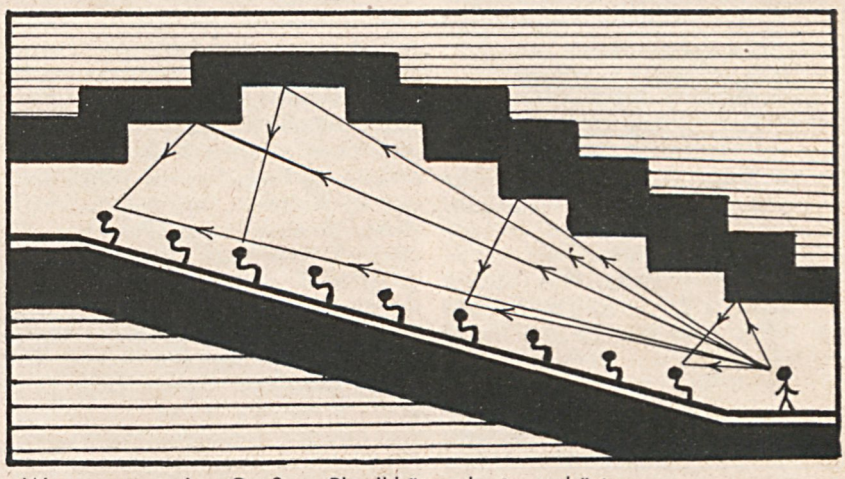
Licht und Lüftung

Beim Fehlen der Fenster tauchen gleich zwei weitere Probleme auf: Beleuchtung und Belüftung. Gemeinsam ist beiden zunächst, daß ihre technische Ausführung Schwierigkeiten macht. Die umfangreichen Apparaturen müssen so installiert werden, daß die beachtliche Lautstärke der Betriebsgeräusche nicht in den Saal eindringen kann. Andererseits haben sie für Reparaturen ohne Schwierigkeiten zugänglich zu sein, zumal das reibungslose Funktionieren der Anlagen von sachgemäßer Wartung abhängt. Hier liegt ein besonders schwacher Punkt. Es kommt an der THD ausgesprochen selten vor, daß irgendwo sowohl Lüftung als auch andere technische Einrichtungen einwandfrei funktionieren. Besonders mit Zug wird man häufig versorgt, der lediglich auf einen zu hohen Temperatur- oder Feuchtigkeitsunterschied zwischen eingeblasener und im Raum vorhandener Luft zurückzuführen ist (500 Personen entwickeln 30 l H_2O/h!). Bei sachgemäßer Bedienung der Anlagen dürfte kein Zug entstehen. Eine Schulung des ohnehin vorhandenen Personals könnte hier angenehme Folgen bewirken. Es ist so leicht, das oft gehörte Argument, an einer Technischen Hochschule dürfte sowas nicht passieren, gegenstandslos zu machen.

Ob Fenster da sind oder nicht (manchmal soll es ja auch dunkel sein), eine Beleuchtungsanlage ist nötig. Auch die ist kompliziert. Schließlich soll sie lichtintensiv (400 Lux) und stufenlos regelbar sein, und das Licht soll vom natürlichen in der Farbtemperatur praktisch nicht zu unterscheiden sein.

Optik

Freilich ist es mit der Beleuchtung allein nicht getan, denn gute Sicht auf die Tafel oder das projizierte Bild erfordert weitere Voraussetzungen. Hier ist zunächst der Sichtwinkel entscheidend. Die Sitzreihen sollten seitlich von zwei Linien begrenzt sein, die sich im Winkel von 60° in der Tafelebene schneiden, dann ist das Bild gut erkennbar, möglich sind auch noch 90°; dagegen bilden 120° die äußerste Grenze für die Erkennbarkeit. Beispiel für die Nichtbeachtung dieser Regel ist der Große ET-Saal, wo eine beachtliche Anzahl von Plätzen außerhalb des 120°-Bereichs liegt und dementsprechend eine katastrophale Tafeleinsicht bietet.



Warum man im Großen Physikhörsaal etwas hört

Eine andere Problematik beim Bau von Hörsälen: Je mehr Plätze der Hörsaal faßt, um so größer wird der Abstand der letzten Reihen von der Stirnwand, um so größer müssen die Tafeln, die Schrift darauf und die projizierten Bilder werden. Die Größe der Bilder verlangt wiederum eine entsprechend große Stirnwand, wodurch nun akustische Probleme auftreten. Gerade hier wäre ein „Schalldeckel", wie er etwa über Kirchenkanzeln üblich ist, sehr wichtig. Lösbar ist dieses Problem möglicherweise durch einen beweglichen Schalldeckel, der beim Projizieren entfernt werden kann. Dadurch würde dann natürlich die Akustik schlechter. Stummfilme könnten gezeigt werden, Lichtbildervorträge fielen flach.

Tafeln

Besonders problematisch wird von einer gewissen Hörsaalgröße ab der Wert von Tafeln. Um auch auf den hintersten Plätzen lesbar zu sein, müssen die Buchstaben und Zahlen eine enorme Größe haben; die Tafeln, deren maximale Breite 5 m, deren Höhe etwa 1,40 m beträgt, wären sehr schnell voll. Außerdem erfordert diese Art zu schreiben vom Dozenten Übung und ist bestimmt nicht zeitsparend (wobei zu bemerken ist, daß sich einige Dozenten sowieso keine Mühe geben, groß genug zu schreiben). Die Breite ist begrenzt, weil sonst die Mechanik Schwierigkeiten macht. Tafel und Gegengewichte hängen über Seilzüge zusammen, die leicht laufen sollen. Der größte realisierbare Pfeilerabstand beträgt fünf Meter. Auch dann ist der Mechanismus unzuverlässig und empfindlich. Die Projektionsfläche sollte sechs Meter breit und hoch sein; sie wird also stets von mindestens einem Pylon durchzogen. Werden die Tafeln von den Seiten eingeschoben, fällt dieses Problem weg, doch können sie dann nicht mehr auf und ab bewegt werden.

Für große Hörsäle glaubt das Hochschulbauamt nun die Lösung des Tafelproblems gefunden zu haben: ein Schreibgerät, auf dem der Dozent in normaler Größe (auch farbig) schrei-

ben kann und das den Text in gut erkennbarer Größe auf die Wand projiziert. Vom Architekten aus gibt es keine Nachteile, das Problem des Stehenlassens und Nachschreibens kann man dadurch lösen, daß mehrere Schreibgeräte aufgestellt werden. Es dürfte allerdings Engelszungen bedürfen, wenn mehr als ein Projektionsgerät bewilligt werden soll.

Der Dozent sieht in den Apparaten die größte Gefahr für den ohnehin geringen Kontakt zwischen ihm und der Hörermasse. Der Vortragende selbst kann das Auditorium nicht erkennen, da er in den (kleinen) erleuchteten Raum des Gerätes blickt, er spricht zwar zum Auditorium, kann aber nicht einmal mehr die vorderen Reihen direkt ansprechen. Die Hörer dagegen blicken allein auf die Projektionswand, während beim Vorhandensein einer Tafel immer noch Schriftbild und Dozent gleichzeitig gesehen werden; der Vortrag wird unpersönlich, der Dozent könnte ebenso in einem anderen Raum stehen. Solange Großvorlesungen nicht zu vermeiden sind, wird er sich daran gewöhnen müssen.

Vom Vortragenden aus dürfte ein idealer Hörsaal ohnehin 120 Plätze nicht überschreiten. Hier sind einzelne Gesichter erkennbar, Reaktionen spürbarer, kurz: der Kontakt ist vorhanden. Auch vom Hörer aus ist ein größerer Hörsaal nur ein notwendiges Übel, er steht beispielsweise den Bestrebungen entgegen, aus Monologen lebendige Diskussion zu machen. Dennoch muß man sich mit den großen Hörsälen befassen und sie so zweckmäßig wie irgend möglich gestalten, so lange die Grundvorlesungen wachsende Hörerzahlen aufweisen und nicht genügend Dozenten vorhanden sind, die Massen in arbeitsfähige Gruppen aufzuspalten.

Der ET-Saal, an dem von der Akustik über die Optik und die Beleuchtung bis zur Bestuhlung so ziemlich alles schlecht ist, ist ein warnendes Beispiel dafür, wie es nicht sein soll. Warum er so verkorkst ist, wissen die Götter. Nachdem der Große Physikhörsaal vor Jahren gut geglückt ist (bis auf die Tafel), hätte der ET-Saal besser werden müssen. Wie wenig reflektiert das Hochschulbauamt an diesen Saal ging, zeigt ein Beispiel: Die Bestuhlung wurde bestellt, ohne daß man auch nur kurz probiert hätte, ob man auf diesen ach so komfortablen Sesseln sitzen kann. Die Zukunft wird zeigen, ob das Bauamt aus den Fehlleistungen gelernt hat und die zweifellos vorhandenen Erkenntnisse für gute Hörsäle anwendet.

Regina Rehbock

STUDIEREN SIE LIEBER

Studentin werden ist nicht schwer . . .

Das Abitur soll ja angeblich gar nicht so schwer sein, vielleicht gelingt es gerade deshalb recht vielen weiblichen Schülern (Schülerinnen), es zu bestehen. Falls diese nun ihre zukünftige Bestimmung nicht nur im Dasein als Hausfrau und Mutter sehen oder den idealen Ehepartner noch nicht gefunden haben, fassen sie meist den Entschluß zu studieren; die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Mit dem Aufnahmebescheid einer Universität oder Hochschule in der Tasche schreiten sie hinein in den neuen Lebensabschnitt, um sich überraschen zu lassen. Die meisten beginnen dann mit dem Studium der Pädagogik, Psychologie, Medizin oder Germanistik, einige beweisen jedoch noch Sinn für das Ausgefallene und gehen z. B. an eine Technische Hochschule.

. . . Studentin sein . . .

Kaum hat man dort angefangen, bemerkt man langsam aber sicher, daß man hier als weibliches Wesen eine gewisse Sonderstellung einnimmt. Bei der Studienbescheinigung: Herrn . . . wird bestätigt, daß er . . . greift man noch energisch zum Kugelschreiber und streicht schwungvoll den Herrn durch, mit der Zeit jedoch gewöhnt man sich daran, zu einer zahlenmäßigen Minderheit (1:23,6) zu gehören und nimmt gelassen Äußerungen der Umgebung, besonders der lieben jungen Kommilitonen, hin. Die Drohung: „Wenn du nach dem zweiten Semester deinen Doktor noch nicht hast, mußt du ihn selbst machen!" hat einen sooo langen Bart, daß man darüber kaum lachen noch sich wundern kann. Schnell gewöhnt man sich auch an die häufig geäußerte Unterhaltung: „Ihr wollt ja nur die billige Vermittlung des hiesigen Heiratsinstituts in Anspruch nehmen, von uns gibt's ja hier genug!" (Wobei ich nicht umhin kann, wieder einmal auf die Eitelkeit männlicher Wesen zu schließen.) Selbst wenn das mit der Heiratswut stimmen sollte, geben uns unsere Kommilitonen fast gar keine Gelegenheit, den Mann fürs Leben zu finden. Im ersten Semester sitzt man meist einsam und allein im Hörsaal, sieht die Studenten in einer riesigen mausgrauen Masse durch die Eingänge strömen, Plätze suchen und belegen; schließlich hat man vielleicht sogar einen Nebenmann. Dieser hockt dann entweder verlegen und still da oder gebärdet sich als frotzelnder Jüngling, dessen unflätige Bemerkungen man sowieso schon kennt. Und sogar in der Mensa erfaßt die männlichen Kollegen eine unerklärliche Scheu vor uns TH-Evas: Sie setzen sich lieber an einen Tisch, wo schon drei Kommilitonen mampfen, als an einen, wo ein oder (noch schlimmer) zwei reizende Wesen ihr Menü genießen. (Er denkt, sie könnte denken, daß er denke. . .)

Das Studentin-an-der-TH-sein hat aber auch einige ausgesprochen unbequeme Seiten, z. B. die Zimmersuche. Da es keine Wohnheime für uns gibt, sind wir auf die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger angewiesen, und für die scheint der Begriff Studentin mit der Vorstellung eines unordentlichen, schlampigen, dauernd kochenden und waschenden Wesens verbunden zu sein; mit anderen Worten, das Angebot an Buden ist klein. Man läuft und läuft und läuft, um die richtige zu finden. Aber man kann die Wirtinnen ja verstehen, junge weibliche Wesen lassen sich nicht so gut bemuttern.

. . . manchmal sehr.

Nicht nur für unsere Kommilitonen sind wir seltene Erscheinungen, auch viele Mitglieder des Lehrkörpers müssen sich erst daran gewöhnen, daß das weibliche Geschlecht in den Hörsälen immer zahlreicher vertreten ist. Ich kann ihnen zwar bescheinigen, daß sie sich uns gegenüber meist sehr objektiv verhalten (es soll allerdings auch noch ausgesprochen weiberfeindliche Assistenten geben) und es fast keineswegs zutrifft, was die mißgünstigen Studenten behaupten: „Ihr habt's ja viel leichter, ihr kriegt den Schein viel billiger!", jedoch unsere Aktivität (politisch natürlich!) scheinen unsere Lehrer manchmal zu unterschätzen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß bei der vorletzten Sitzung des Großen Senats die vor dem Saal lagernden Mädchen von einigen Ordinarien pauschal als Nicht-Hochschulangehörige, als „Freundinnen" bezeichnet wurden. Kommentar eines Professors, der später auf die große Zahl der anwesenden Studentinnen aufmerksam gemacht wurde: „Ich wußte gar nicht, daß es so viele hübsche Mädchenbeine auf der TH gibt." Ob das wohl an den Sichtblenden in den Hörsälen liegt? gabi

Ulf Kauffmann

DEMOKRATIE

Song auf Burg Waldeck

Wir biegen ein in den Weg, der zur Burg führt. Es regnet. Am Wegrand geht eine Frau, fußlanges, locker fallendes Kleid, breit gestreift, violett, grün, gelb, braun – sehr gedeckt, nicht knallig oder süß, sie geht aufrecht, nicht steif, schreitet nicht schwer, nicht im Schmutz staksend, keine übertriebene Bewegung, ruhig, gesammelt, nichts Arrogantes, sie geht einfach und hält den lila Schirm senkrecht in der Hand, vollendet natürlich – ein Dame. Das muß Odetta sein.

Wir kommen oben an, es gießt. Die Wiese schwimmt. Die Parkwächter weisen fluchend ein, wir rutschen im Schlamm, finden eine Lücke, warten, bis es aufhört, es hört nicht auf, waten in das große Zelt. Dort fragt gerade Bob Davenport, a-capella-Sänger aus England: „Can you hear me?", denn der Regen prasselt auf das Dach. Wir können. Die Verstärkeranlage ist ordentlich, die Lautsprecher gehen, und nur dann, wenn 15 Mikrophone auf der Bühne stehen, die im schnellen Wechsel immer wieder auf neue Gruppen eingestellt werden müssen, wird es manchmal mies mit der Übertragung. „Bitte Ruhe bewahren, wenn der Strom ausfällt. Die Erfahrung zeigt, daß er immer wieder kommt." Improvisation ist wichtig auf Waldeck, mehr im Technischen als im Chanson.

Burg Waldeck ist gar keine Burg, sondern eine Ruine, gelegen im verlassenen Hunsrück, beschützt von wohlbewaffneten Militärflugplätzen, Raketenrampen und atomaren Sprengköpfen. Der Wandervogel, seinerzeit eine in gewissem Sinne revolutionäre Bewegung, hatte die Burg zu seinem Standort gewählt. Die Bewegung wurde im Dritten Reich verboten, ihre bedeutensten Mitglieder verfolgt. Nach dem Krieg bildeten sich zwei Gruppen, beide streiten sich vor Gericht, wer der rechtmäßige Nachfolger der früheren Organisation ist, der reaktionäre Nerother Wandervogel, der teutsches Sanges- und Volkstum bewahrt, und die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck, die sich dem kritischen Song, dem Folksong, dem Protestlied verschrieben hat; die ABW hat jetzt zum fünften Mal „Chanson Folklore International" auf Burg Waldeck veranstaltet.

Das Festival hat den Zweck eines Kongresses, auf dem die Vertreter eines Faches Gedankenaustausch pflegen, von ihrer Arbeit berichten, Neues vortragen, auf dem die nachfolgende Jugend kritisch beurteilt, gewürdigt und angeregt wird, und es ist andererseits eine Publikumsveranstaltung, weil ja das Ganze finanziert werden muß und ein Haufen zugkräftiger Namen da ist. Sie waren da: Franz-Josef Degenhardt, Hein und Oss, Hanns-Dieter Hüsch, Walter Mossmann, Dieter Süverkrüp, Ulli & Frederik; Juan & José (Spanien); Gianna Kopulou (Griechenland); Paul Hébert (Frankreich); Guy Carawan, Phil Ochs, Odetta (USA); Bob Davenport, Shirley & Colin, Hedy West (Britische Inseln), um nur einige zu nennen. Wolf Biermann war in Ost-Berlin zurückgehalten worden.

Sie arbeiteten in Workshops über Instrumentaltechnik, Vokalstile, Blackpower-Bewegung, Sozial-Utopie und Sozialkritik im deutschen Chanson, Russische Folklore, das Lied als Mittel zur Politisierung, Flamenco, europäische Liedkultur, sie berichteten über die Aspekte ihrer Arbeit.

Die Arbeitskreise wurden in den zahlreichen bewirtschafteten Hütten veranstaltet, die im Gelände verstreut sind und die meist nur über abenteuerliche, steile, hart am Abgrund verlaufende abbröckelnde Pfade zu erreichen sind. Doch nicht das ist der Grund dafür, daß die Workshops in den letzten Jahren immer schlechter besucht wurden. Das konsumierende Publikum versammelt sich lieber in der „Arena" oder, wenn es regnet, im Zelt, um dort die „Großen" zu hören. Das hat dem Veranstalter viel Kritik eingebracht, als ob er etwas dafür könnte, wenn das Volk sich nicht um die Kleinarbeit kümmern will. Immerhin hat er versprochen, in Zukunft die Arbeit gegenüber der Show höher zu bewerten.

Die Kritik kam aus dem Publikum, genauer: von der „Basisgruppe Waldeck-Festival", die sich ad hoc gebildet hatte. Die Gruppe wandte sich nicht nur gegen den Aufbau des Festivals, auch gegen seine Existenz: „Die Chansonbewegung sinkt im Augenblick ihrer Negation zur partiell-reaktionären Position herab. Sie zieht Kräfte ab, die an der Front dringend gebraucht werden. Ihre Beibehaltung ist ein Versuch, den Prozeß an einer Stelle zu stoppen und zur Sub- oder Kontrastkultur zu verdinglichen . . " und „Stellt die Gitarren in die Ecke und diskutiert" besagt ein Flugblatt der Basisgruppe – jener Kräfte, die sich von der Front nach Waldeck haben ziehen lassen. Offenbar hat die Apo nicht nur Psychologen (siehe dds Nr. 94), sondern auch Philologen nötig, die eine gemeinverständliche Sprache beherrschen.

Phil Ochs

Nachdem sie nun mal da waren, die Kräfte, mußte eine Front aufgebaut werden. Daher störte man einen Vortrag von Hanns-Dieter Hüsch dermaßen, daß er nicht über den Vortrag von drei Chansons hinauskam, und zerriß ihn in einer Diskussion – ohne ihn zu hören – in der Luft, „weil er unpolitische Lieder macht". Sicher ist Hüsch nicht mehr, wer er einmal war, aber auch die Apo sollte wissen, wie verspießert die bundesdeutsche Arbeiterfamilie ist und daß es auch Zweck haben kann, wie Hüsch Spießertum zu ironisieren.

„Fahne hoch" – „Fahne runter" – „Ho Tschi-Minh" – „Fahne hoch". Im Gegentakt zu den Rufen der Massen bewegten sich rote und Vietcong-Fahnen im

Stützgebälk des Zeltes auf und ab. „Der Veranstalter hat nichts dagegen, daß auf der Bühne Fahnen gezeigt werden. Er würde sich aber wundern, wenn Gegner von Fahnen diese ebenso ernst nehmen würden wie diejenigen, die sie aufhängen. Wer ist gegen Fahnen im Zelt?" Die Mehrheit beließ es bei den Fahnen. Die Vietcong-Flagge hing zuerst längs, dann auf dem Kopf, und erst als das Fernsehen seine Aufnahmen eingestellt hatte, wurde sie diskret richtig herum gedreht.

„Wir wollen dis-ku-tie-ren!" ging es den ganzen Abend und dann auch noch in der Nacht, als alle, die kein Quartier oder eigenes Zelt hatten, ihre Schlafsäcke in das Großzelt geschafft hatten, und einige nicht aufhören konnten, auf der Gitarre zu klimpern (links hinten Flamenco, vorne Country-Music, gegenüber deutsches „Volkslied"). „Aufhören, wir wollen schlafen" – „weitermachen – wir sind auf einem Chansonfestival" – „abstimmen!" (um fünf Uhr morgens war das Zelt schon dunkel). „Wer ist für weiterspielen?", lautes Klatschen. „Wer ist für aufhören?" – die Müden, konstitutionell im Nachteil, schafften es noch lauter. Also wurde weitergeklimpert.

„Soviel Demokratie wie hierzulande habe ich noch nie erlebt", meinte Guy Carawan, „aber verstehen Sie mich nicht falsch, ich bin in Amerika zu Hause." Das war aber erst am Sonntagnachmittag: Schönes Wetter, Massenveranstaltung in der „Arena", fünftausend saßen auf der abschüssigen Wiese um die Bühne und hörten Colin Wilkie: „Die Veranstaltungen von uns Ausländern laufen glatt ab, auch wenn wir unpolitische Lieder vortragen, dagegen werden unsere deutschen Kollegen, deren Sprache verstanden wird, gestört und behindert. Aus Solidarität mit ihnen, insbesondere mit Hanns-Dieter Hüsch, singen wir heute nachmittag nicht." Zwanzig Künstler hatten eine Erklärung unterzeichnet.

Das Publikum – „Wir haben schließlich bezahlt" – wählte eine Delegation, die die Künstler davon überzeugen sollte, daß es nicht dasselbe sei wie an den vorhergegangenen Abenden, daß es förderhin nicht stören wolle und überhaupt. Das lief erstaunlich leichtflüssig und schnell ab. Dann eine längere Diskussion mit den Künstlern. Als erster war Colin Wilkie bereit – seine Partnerin Shirley Hart lehnte ab – und dann traten fast alle nacheinander auf. Zum Schluß Odetta, Mitstreiterin von Martin Luther King, die wegen ihres Auftretens für die Gleichberechtigung der Neger zum Ehrendoktor einer amerikanischen Universität ernannt worden ist. Odetta sang mit einer außerordentlichen Stimmgewalt Lieder der Negerbewegung, und sie verstand es, alle Anwesenden für sich zu gewinnen. Ihr „we shall overcome" war mitreißend.

Nachher traf man Nerother mit Barett und Halstuch, Ritter und Knappen, und sie sangen Fahrtenlieder. „Wir sind gar nicht rechts und ihr sollt euch mal waschen und nicht soviel herumhuren." – „Wenn ihr mal ein bißchen mehr herumhuren würdet, dann würdet ihr eure Pickel und Komplexe verlieren; was soll's im übrigen, daß ihr Steine von eurer Gralsburg in Frankreich herschleppt und sie hier in ein Denkmal für euren Führer einbaut?"

Odetta

Am Abend dann, während des Auftretens der Floh de Cologne, fiel die Bühnenbeleuchtung aus: „Sicherung ausgefallen" – nach fünf Minuten (die Lautsprecheranlage war intakt): „Kabel gekappt" (Nerother!) – „keine Sabotage: E-Werk rief an, daß eine Phase ausgefallen" – „Kabel doch gekappt" – „Nein, Sicherung kaputt: ganz heiß". Anschließend wurden zwei vorbereitete Erklärungen verlesen. In diesem Jahr wollte Waldeck nicht wieder an den Ereignissen vorübergehen. Letztes Jahr hatte man von Griechenland und Spanien keine Notiz genommen. Inzwischen gab es Schüsse auf Martin Luther King, Dutschke, Kennedy, gab es Ostertage, Aufstände in Frankreich, Italien, Jugoslawien ... man wollte etwas dazu sagen. Die erste Erklärung sehr eng, nur auf Frankreich abgestimmt, wurde von der Mehrheit des Publikums zugunsten der zweiten abgelehnt, die zwar im Inhalt konkreter und umfassender abgefaßt war, aber im schwer verständlichen Jargon der Apo. Sie war versehen mit sozialistischen Forderungen. Nach der Abstimmung wurde denn auch die Internationale gesungen. Es kam Widerspruch und Beklemmung auf: So hatte man es nicht gemeint.

Ein völlig unpolitisches Hootenanny (improvisierendes Zusammenspielen) versöhnte dann die Geister wieder. Man hielt im Freien aus bis um halb zwei, als der Regen einsetzte, der den leicht angetrockneten Schlamm wieder aufweichte und die Autos auf dem Parkplatz schwimmen machte. Am anderen Morgen um acht fiepte im Zelt eine Mundharmonika. „Aufhören" – „weitermachen" – „Diskussion" – „Abstimmen". Sie fiepte weiter.

GRENZÜBERSCHREITUNGEN

Fahrt der ESG in die DDR

Vorweg

Hierzulande, will sagen: im „Land der unbegrenzten Notstandszumutbarkeiten" gilt es als opportun, auf der Leipziger Messe ökonomisch zu koexistieren. Es wird deshalb höchste Zeit, den Unternehmeranspruch, Jupiter sei erlaubt, was dem Ochsen verwehrt, zu demokratisieren. Der Profit-Messe hat also die Verständigungsmesse zu folgen.
Uns als Mitgliedern der ESG bot sich Erfurt als Messestadt an; Kommunikationspartner waren Vertreter des Friedensrates der Nationalen Front. Wir setzten mit unserem Besuch in Erfurt, Weimar und Eisenach einen bereits 1967 in Darmstadt begonnenen Dialog fort.

Staatsgrenz-Überschreitung

Die Grenze zwischen Bebra und Gerstungen war die erste von mehreren, die zu überschreiten unerläßlich wird, will man mit den Menschen „drüben" ins Gespräch kommen. Manchem von uns bereitete das erstmalige DDR-Betreten weniger politisches als vielmehr psychologisch-intellektuelles Unbehagen: Man wußte einfach zu wenig von diesem „Phänomen" (Kiesinger). Und dieses Unbehagen wird so lange bleiben, wie sich bundesrepublikanisches „Gefühl von der Zone" umgekehrt proportional zur sachlichen „Information über die DDR" verhält. Denn: Ohne Kenntnisse fühlt man sich unfrei. Unfrei, weil man sich Diskussionen ausgeliefert glaubt, die man nicht mit Fakten, sondern allenfalls mit Unbehagen bereichern kann. Unbehagen schlechthin mag zwar die angemessene Reaktion auf ein „Phänomen" sein, erspart im konkreten Fall aber die rationale Auseinandersetzung nicht. Und diese zu suchen, waren wir gekommen. Wußten einige von uns doch schon vorher: Die historischen Bedingungen, die den zweiten deutschen Staat konstituiert hatten und bisher lebensfähig hielten, sind weniger ein psychologisches als ein politisches Problem. (Das Unbehagen des Erfurters ist ein anderes.)

Sprachgrenz-Überschreitungen

Eine Verständigung darüber, mit welchen Inhalten ein Begriff zu füllen ist, mag innerhalb eines einheitlichen Kulturbereichs schon schwierig sein; die Schwierigkeit wächst indes mit den andersartigen sozio-ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen, die einen Begriff konstituieren. Und spätestens beim Gebrauch der Begriffe manifestiert sich die Zweistaatlichkeit: Wir stellen fest, daß die deutsche Sprache übersetzbar ist ins Deutsche. In dem Maße, wie das DDR-Deutsch dieselben Begriffe mit anderen Inhalten belehnt hat, ist die Umwelt-Erfahrung der DDR-Deutschen eine andere geworden. Die Konsequenzen dieser Sprachteilung sollten uns bewußt werden. Andernfalls werden wir fortwährend Monologe und keine Dialoge führen. Die Begriffsverwirrung begann mit dem Demokratie-Verständnis. Für die DDR existiert z. B. das Problem der Demokratisierung deshalb nicht, weil „wir Demokratie täglich praktizieren". Die unmittelbare Teilnahme des Volkes am Staatsapparat sei garantiert – durch die Identität von Parteien und Staat – zwischen Normsetzern und Normadressaten bestehe also kein Widerspruch. Mithin: Der Staat, das sind wir alle. So verstandene Volksdemokratie faßt jede institutionalisierte Kritikmöglichkeit (Presse- nicht Springer-Freiheit) als Rückfall in die historisch überwundene bürgerliche Demokratie auf. Aus „Dubcek in die DDR" wird konsequent „Ulbricht in die CSSR". Ein anderes Beispiel: Hochschulreform. Dieser Begriff wird dortzulande genau so gebraucht. Aber anders verstanden. Nicht die Hochschule als Hochschule wird in Frage gestellt – etwa unter dem Aspekt des System-Stabilisators oder dem des Fachidioten-Produzenten – sondern neu durchdacht wird die Hochschule als Wissensvermittlerin; nicht was sie macht, sondern wie sie es macht.

Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Die Vertreter aller DDR-Parteien, mit denen wir sprachen, hatten ein anderes Parteienverständnis; sozialistische Pädagogen eine andere Vorstellung von Bildung und Gewerkschaftler eine uns fremde Streikauffassung. Alle zusammen schließlich grenzten die Begriffe Zwang und Freiheit von unseren Definitionen deutlich ab.

Klischee-Überschreitungen

Dem Zwang zur sprachlichen Differenzierung war ein neuerlicher „Zwang" immanent: der zur Sachlichkeit. Und da sich Sachlichkeit und Toleranz oftmals ergänzen, konnten wir feststellen, daß die amtlich propagierte und mit offiziellen Verdummungseffekten angereicherte Behauptung „mit denen da drüben kann man nicht reden" sich als das herausstellte, was sie ist: ein Klischee. Sachlichkeit und Fairneß unserer Gesprächspartner orientierten sich an unseren Diskussionsregeln; in verschiedenen Kreisen lernten wir voneinander, welche Voraussetzungen jeder Seite unerläßlich sein müssen für einen sachlich-kritischen Dialog. (Nebenbei: so oft wir DDR-Verhältnisse kritisch in Frage stellten, dem Argument: „Dann geht doch nach drüben zurück, wenn es Euch hier nicht gefällt" wurden wir nicht ein einziges Mal ausgesetzt!)

Moraldimension-Überschreitung

In Weimar standen wir am Grabe der beiden Großen und dachten an die Massengräber der Namenlosen von Buchenwald. Die wenigen Kilometer, die zwischen Goethe und Ilse Koch liegen, lassen sich mit den Särgen der Ermordeten auslegen. Die Entwicklung von der Klassik zum KZ ist nur für Oberlehrer abgeschlossen. Für uns schreitet sie augenblicklich durch Vietnam. Wir standen vor Verbrennungsöfen und dachten an den KZ-Häftling Kogon. Wir standen vor Goethes Bibliothek und dachten an unsere Oberlehrer, die, wenn sie ihn zitierten, Buchenwald verdrängten. Für sie lebt Faust ewig, z. Zt. faustet er im Grundsatzprogramm der NPD, für uns verreckte er im Steinbruch von Buchenwald. Wir standen vor dem Bild Paul Schneiders, des Predigers von Buchenwald, und dachten an M. L. King. Sein gewaltiges: „Kameraden! Hier spricht Pfarrer Paul Schneider. Hier wird gefoltert und gemordet! Um Christi

Christa Oppel
Schreib- u. Übersetzungsbüro
Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Die Bockshaut
ALT-DARMSTÄDTER WEIN- UND SPEISERESTAURANT - HOTEL
Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58
Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

willen, erbarmt Euch!", das einst aus dem Dunkel der Arrestzelle über den fluchdurchwühlten Appellplatz schallte – dieses „Erbarmt Euch!" dröhnt 1968 durch die Asphalt-Dschungel der amerikanischen Städte und sein Echo bricht sich zwischen den Dorfruinen Vietnams. Aber dieses war das Furchtbarste an Buchenwald: zu wissen, daß die moralische Chance von 1945/46 heute längst verspielt ist. Wir, die Eichmann-Kinder, sind mündig geworden . . .

Theologiegrenz-Überschreitung

Auf dem Weg von Eisenach zur Wartburg zwang uns ein Wolkenbruch, Unterschlupf zu suchen. Wir fanden ihn: bei Bischof Moritz Mitzenheim, jenem „roten Bischof", der mit W. Ulbricht 1964 auf der Wartburg die Voraussetzungen dafür schuf, daß DDR-Rentner nach Westdeutschland fahren konnten. (Die West-Verwandten haben es ihm nie gedankt). „Es geht der SED und uns um denselben Menschen. Unsere Mittel und Ziele sind zwar andere, aber gerade deshalb müssen wir fortwährend darüber sprechen." Christlich-marxistischer Dialog mit wahrscheinlich weitreichenden Konsequenzen. „Nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame muß gefunden, entwickelt werden", hatten uns Christen aus der Jungen Gemeinde in Weimar erklärt. Die Denkansätze, die in dieser Problematik liegen, werden von diesen Christen an der konkreten sozialen und politischen Wirklichkeit der DDR weiterentwickelt. Die Bundesrepublik wird für sie in einigen Jahren zum christologischen Entwicklungsland. Und: Den Christen als Christen nimmt man drüben sehr ernst als Partner; den Christen als Karteileiche nimmt bestenfalls die bundesdeutsche Zigarettenwerbung noch ernst: „Es war schon immer etwas teuerer (Kirchensteuer), einen besonderen Geschmack (für's Fegefeuer) zu haben."

Nach den Grenzüberschreitungen

Unsere Fünf-Tage-Fahrt in die drei Städte der DDR hat sich gelohnt. Die Kürze des Aufenthalts bedingte zwar die Grenzen der diskutierten Probleme (manchmal Gefahr der Breite statt Tiefe), aber auch den Wunsch, die Kontakte fortzusetzen. Fortan werden wir nicht mehr dem Trugschluß zum Opfer fallen, für objektiv wahr zu halten, was wir subjektiv wahrhaben möchten. Diese Erkenntnis impliziert nicht die Behauptung, wir wüßten schon jetzt, was in der DDR wahr ist und was nicht. Gemeint ist vielmehr der Verständigungsprozeß, den wir begonnen haben, und für den Wunschdenken fremd bleiben muß.
Die Grenze muß anerkannt werden, damit die Grenzen überwindbar werden.

Knut Krusewitz

ADEL VERPFLICHTET

SDS verzichtet

Vierzig Beamte der Schutzpolizei, 15 Verkehrspolizisten, zahlreiche SDS-Mitglieder, Taxifahrer, Repräsentanten des Landes Hessen und des europäischen Adels sowie einige „anständig denkende Bürger" Darmstadts veranlaßten wohl das Darmstädter Echo zu dem Untertitel: „Tausende von Darmstädtern am Sarge Prinz Ludwigs."
Ihm, dem „letzten männlichen Nachfahren des Fürstenhauses Hessen-Darmstadt", der „wie ein rechter Fürst, Förderer und Freund von Kunst, Wissenschaft, Menschlichkeit und Barmherzigkeit genannt werden kann", der sich „den Fügungen der Vorsehung" unterwarf, mit „Gleichmut das Schlimme und Gute ertrug" und der durch das „schreckliche Sterben von Ostende im Jahre 1937" in „einem langen, mühevollen Prozeß die große Wandlung, Läuterung und Reifung" erfuhr, wurde am 6. Juni 1968 die letzte Ehre erwiesen. Im Tagblatt wurde in den seitenlangen Berichten zu Ehren des Toten unter anderem die „diskret-rücksichtsvolle Tätigkeit der Darmstädter Polizei" bei den Trauerfeierlichkeiten anerkannt. „Alle Sicherheitsvorkehrungen waren unauffällig getroffen worden." Aus der nächsten Schlagzeile: „Der SDS wollte die Trauerfeier stören" ersehen die Leser, daß die Maßnahmen durchaus berechtigt waren – auch wenn man im gleichen Artikel lesen kann, „daß die jungen Leute nicht die Absicht hatten, in irgendeiner Form störend in den Verlauf der Trauerfeier einzugreifen." Im „Tagebuch" betont Heiner in einem längeren Kommentar über das SDS-Flugblatt, daß es sich erübrigt, länger auf die „beispiellose Geschmacklosigkeit dieser jungen Leute einzugehen."
Und welche Geschmacklosigkeiten veranlaßte schließlich das Tagblatt zu solchen Artikeln? Ein Flugblatt, in dem sich der SDS seiner „ganzen Bedeutungslosigkeit bewußt" wird, indem er „sich schämt" und seine „Anteilnahme bekundet" und „sich für die Zukunft vornimmt, bescheidener und weniger lautstark zu sein".
Aber Gott sei Dank bewahrt die Stadtverordnetenversammlung durch ihre jüngste „Satzung über das Plakat- und Werbewesen in der Stadt Darmstadt" die „anständig denkenden Bürger" vor weiteren Geschmacklosigkeiten seitens des SDS. Vielleicht hilft aber gerade diese Satzung dem SDS, sich wieder ernsthafteren Dingen zuzuwenden, und er braucht in Zukunft nicht mehr mit Windhunden, die Stoffhasen hetzen, verglichen zu werden.

Sigrun Gronau

JOHANNISFEST

Am Johannisfest dreht sich das Blatt am Baum, das gesunkene Schiff auf dem Grund. Farnkrautsamen, in der Johannisnacht Glockenschlag zwölf in die Schuhe gestreut, machen bis zu vierundzwanzig Stunden unsichtbar, heißt es. Voraussetzung ist allerdings, daß man während dieser Zeit kein Wort spricht.
Auf dem Rückweg bin ich samt Farnkrautsamen über eine Baumwurzel gestolpert: Aua!
Nun wird man sich einen anderen Weg ausdenken müssen, um an die Akten im Rektorat heranzukommen.

ff

Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentl. Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 162517 und 163309.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30, Abonnement incl. Versand je Halbjahr DM 2,40 (Ausland DM 2,80).
Chefredakteur: Fritz Förster (ff) (verantwortlich); Verlagsleiter: Hans Weidner (wd); Redaktion: Hartmut Bauer (pay), Helmut Dreßler (dr), Knut Feiert (fei), Falk Rieß (fari); ständige Mitarbeiter: Jürgen Dohm (do), Dietrich Ebersbach (eb), Ulf Kauffmann (kf), Gabriele Lichtenheld (gabi), Wolfgang **Straub (ws), Walter P. Weizel (wl), Herbert Werkmann (hw).**
Chefs vom Dienst: Ulf Kauffmann, Wolfgang Straub.
Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt, Rheinstraße 67, Telefon 23543.
Konto: Dresdner Bank Darmstadt, 31240. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.
Für unverlangt eingesandte Bücher und **Manuskripte wird keine Haftung übernommen.**

Hermann Kasack

DIE STADT HINTER DEM STROM

Weltliteratur

Die Stadt hinter dem Strom – „Zone, wo das Leben im Begriff steht, Vergangenheit zu werden", Gebiet zwischen Vergessen und Leben – wird geprägt von geborstenen Ruinen und ausgehöhlten Fassaden; alles Leben spielt sich unterirdisch, in den Katakomben ab. Der Keilschriftensprachenforscher Dr. Robert Lindhoff wird in diese Stadt beordert, um die Vorgänge, die Erscheinungen und das Leben ihrer Bewohner zu beobachten und aufzuzeichnen – als Archivar und Konservator.

„Da ertönte die Stimme des Präfekten. Der Hall der langsam gesetzten Worte erfüllte den Raum. Auch der Kommissar hatte sich erhoben. Trotz der Tiefe übte die Stimme eine ähnliche Wirkung aus, wie sie kaltes Licht verbreitet. Die getragenen Sätze standen in einem unendlichen Raum und drangen gleich Röntgenstrahlen in das Innere des Leibes.

‚Wer hierher kommt', so klang es aus dem Lautsprecher, ‚der tut gut daran, das Wissen des Verstandes wie Ballast über Bord zu werfen. Logik und Verstand, worauf der abendländische Mensch so stolz ist, trüben das Bild der Natur. Denn – was ist Natur?'

Die unvermittelt gestellte Frage erschreckte Robert. Der Umstand, daß man den Sprecher nicht sah, sich von ihm kein Bild machen konnte, rückte ihn in eine geheimnisvolle überirdische Sphäre. Robert blickte flüchtig zu dem Kommissar hinüber, dessen Gesicht undurchdringlich blieb. Die Stimme im Lautsprecher schwieg noch immer.

‚Natur', stammelte Robert schließlich in die Pause hinein, ‚ist das Walten der Elemente.'

‚Und die Elemente?' forschte die unsichtbare Stimme.

‚ – sind das All. Natur', ergänzte Robert in eine jähen Eingebung, ‚ist die Sprache der Götter.'

‚Als einfachste Antwort auf die Frage', hört er die Stimme sagen, ‚gilt diese: Natur ist Geist.'

Robert hatte das Gefühl, als sei er einer Prüfung unterworfen, von deren Ausgang es abhinge, ob er des Amtes für würdig befunden werde. Zugleich entdeckte er, wie stark bereits das Verlangen in ihm zehrte, in die Geheimnisse dieser Stadt einzudringen. Aufblickend sah er wieder in der Ferne das Feuer in den Fenstern aufflammen, hinter denen der Präfekt wie in einem Gefels aus Licht auf eine Antwort wartete. Doch Robert blieb stumm. Ihn fröstelte. Von neuem ertönte die langsame dunkle Stimme: ‚Wer sich auf die sichtbare Welt verläßt, hält ihr Vergängliches für Wirklichkeit. Geist ist unsichtbar. Wenn nun im winzigen Samenkorn Wuchs und Gestalt der künftigen Pflanze vorgebildet liegen, wenn unsichtbar darin vorhanden sind Blüte und Frucht, von keinem noch so klugen menschlichen Hirn erkennbar – was bedeutet das?'

‚Es bedeutet', sagte Robert rasch, ‚daß das Leben einem höheren Gesetz untersteht als nur dem von Ursache und Wirkung.'

‚Als einfachste Antwort', sagte die Stimme, ‚gilt diese: Geist ist Natur.'

Robert fühlte sich genarrt.

‚Aber das Gesetz', rief er, ‚das Grundgesetz, dem jeder Mensch untersteht, heute wie vor hundert oder vor tausend Jahren, und vor dem alles Leben gleich ist, zu allen Zeiten!'

‚Ich heiße Sie willkommen bei uns, Dr. Lindhoff!' sagte die Stimme des Präfekten."

Auf seinen Beobachtungsgängen trifft Robert einen alten Studienkollegen, seinen totgeglaubten Vater, eine verschwundene Freundin. Durch seine wiederaufgenommene und oft gepflegte Freundschaft mit seiner lange vermißten Anna muß Robert eines Nachts erfahren, daß er sich in einer Stadt der Gestorbenen befindet. Ein Beischlaf zweier Welten, ein Beischlaf zwischen Leben und Tod, bringt ein schreckliches Erwachen.

Die Stadt hinter dem Strom wird durch den Krieg übervölkert. Bei den Soldaten war die „Schrecksekunde des Todes" so kurz, daß sie nicht bemerkten, daß sie gestorben sind, daß sie glauben, sie wären gefangen in einem fremden Land. Sie planen einen Fluchtversuch und bitten den Archivar um Rat und Hilfe.

„. . . Der Archivar trat in das offene Karo, das die Soldaten, die Einundzwanzigjährigen der geräumten Kaserne Sigma bilden. Den Hut in der Hand, vollführte er eine weiträumige Armbewegung über die Menge. ‚Euch gibt es gar nicht mehr', sagte er. ‚Ihr wähnt, Gefangene zu sein, das seid ihr allerdings auch, aber Gefangene einer fixen Idee.'

Die nicht einmal besonders lautgesprochenen Worte schnitten durch die stickige Luft wie durch Glas. Sie knirschten in den Ohren der jungen Soldaten, die sich, ohne ihre Aufstellung preiszugeben, wie eine gleichmäßig anrollende Kulisse von allen Seiten an den Sprecher dichter heranschoben.

‚Ihr habt das Leben verspielt', sagte der Archivar, ‚es ist vorbei'.

Tausende von Augenpaaren starrten auf den Mann, der ihnen nicht nur die Illusion des Lebens nahm, an der sie bislang mehr oder weniger festgehalten hatten, sondern der ihnen weiter erklärte, daß der Zweck ihres irdischen Tuns eine Selbsttäuschung gewesen sei.

. . . ‚Das Ende aller großen Schlachten', sagte der Archivar, ‚ist niemals der Frieden. Das Ende und das Erbe der Kriege ist immer ein geschändetes Stück Welt, ein geschändetes Stück Menschheit. Es gibt keinen vernünftigen Grund, um die ewigen Wunden zu rechtfertigen, die sich der menschliche Geist zufügt. Sich immer von neuem zufügt, solange er sich der rohen Gewalt überantwortet. Wer nicht den Wahnsinn fühlt, den Widersinn dieses unnatürlichen Spiels, der muß wenigstens die Verstümmelung des Menschengeschlechts zugeben, die unaufhaltsame Selbstzerstörung. Denn die Natur läßt sich nicht betrügen. Wer sich zum Werkzeug sinnloser Vernichtung macht – denkt an euch –, wird selber sinnlos vernichtet werden.' "

Philosophien, Besichtigungen, Versammlungen von Ermordeten, Übungsstunden der Bevölkerung, Staatstheorien, Sprechstunden, Spiegelkabinett des Ichs, Begegnungen wechseln sich ab, verzahnen sich: ein absurder Filmstreifen, in einem irrealen Land zwischen Leben und Tod.

„ ‚Von alters her', hörte er (Robert) den Sekretär ihm ins Ohr sagen, ‚befindet sich dort die eingezäunte Stelle, wo die Demagogen, die Staatstyrannen und Großsprecher tagaus, tagein ihre eigenen Reden sich anhören müssen, mit denen sie einst ihr Volk verführt und aufgehetzt haben. Es ist nicht nur die hohle Fremdheit der eigenen Stimme aus ihren Lebzeiten, vor der sie erschrecken, sondern die unablässige Wiederholung ihrer Versprechungen und Prophezeiungen, deren Lüge und Hoffart sie nun bloßstellt. Sie haben geredet und geredet und bis zu ihrem Ende nicht wahrhaben wollen, was für schlechte Schmierenkomödianten sie zeitlebens abgegeben haben. Sehen Sie nur, wie der eine seine eitlen Lippen bewegt und noch immer die Worte nachbetet und der andere im Nebenkäfig wie ein

Jahrmarktschreier die Augen rollt und alle Posen wiederholen muß, die er bei seinen Reden anwandte! Jeder hat das Blaue vom Himmel heruntergelogen, nun macht ihnen der Himmel klar, daß seine Bläue geblieben ist. Jetzt würden sie vermutlich viel darum geben, ihre politischen Predigten, die Phrasen, mit denen sie ihren Zeitgenossen den Kopf verdreht hatten, ungesagt zu machen und alles Böse ungeschehen. Aber die Trichterstimme läßt sie nicht los. Man sieht also, daß die Verlängerung des Aufenthalts in unserem Zwischenreich nicht immer einen Vorteil bedeutet.' "

Zuletzt klagt Robert – Meister Robert, wie er jetzt heißt – den Präfekten an, daß sich die Toten alles von den Lebenden ausborgen, sich damit aufbauschen und in Worte wie „Geheimnis, daß der Tod des Lebens bedarf" kleiden, also nur Tricks und Schattenspielerei, daß die Präfektur nur ein „Institut für Massenversorgung" sei, daß dieses Zwischenreich nur Gaukelei sei. Robert möchte zurück zu den Lebenden, zu denen er noch gehört; ihm graut vor dieser Stadt und ihrem Beamtenapparat. Ihm graut vor diesem „Vorhof des Todes".

Robert fährt zurück über die große Brücke, jenseits des Stroms beginnt das Leben. Den anderen erzählt er von der Stadt hinter dem Strom: „ ‚Ich komme aus einem Land ohne Freude', sagte Robert. Dann sei er kaum von hier fortgewesen, hieß es. ‚Aus der Zone des Grauens', sagte er. Da bestehe kein Unterschied, meinte man. ‚Aus der Stadt ohne Hoffnung', sagte Robert. Dann stamme er aus ihrer Gegend, wurde ihm erklärt, das kennten sie genau." Robert findet sich nicht mehr zurecht.

Als der Zug im Bahnhof seiner Heimatstadt einläuft, ist sein „Protokoll der Schrecksekunde" bereits geschrieben. Er ist noch eine Weile durch das Leben gereist, das Zwischenreich, das Wissen um das Welträtsel hatten ihn nicht mehr freigegeben. Er fährt einer Stadt entgegen, die ihm sonderlich vertraut ist, obwohl er sich nicht erinnern kann, sie früher schon einmal betreten zu haben. Als der Zug über eine große Brücke rollt, wirft er die Blätter seiner Chronik in den Fluß.

ws

*

„Sybille, was bringst du zu Ende?
Das Sterben bringe ich zu Ende."

Hermann Kasack: „Die Stadt hinter dem Strom"
Suhrkamp Hausbuch, 438 Seiten, Leinen, Auflage 60 Tausend, DM 16,80.
Knaur Taschenbuch, 321 Seiten, Auflage 27 Tausend, DM 3,80.

Leserbriefe

K.U.ST.

Der Fachschaftsleiter der Fachschaft Kultur- und Staatswissenschaften schickte uns einen Brief, den wir hier als Leserbrief abdrucken, da er nicht den formalen Erfordernissen einer „Gegendarstellung" entspricht. Vielmehr bestätigt er, was in der dds stand. Im übrigen spricht der Brief für sich selbst, beziehungsweise Herr Fachschaftsleiter Brendel über Herrn Fachschaftsleiter Brendel in der dritten Person.

*

Sehr geehrter Herr Förster,

gemäß dem im Pressebericht festgelegten Recht auf Gegendarstellung bitte ich Sie, folgende Gegendarstellung zu einem Ausschnitt des Artikels „Eingeschlossen - Ausgeschlossen" von Hartmut Bauer in Heft 94, 16. Jg. Juni 1968, Seite 10 in Ihrer nächsten Ausgabe zu veröffentlichen:

Unwahr und unvollständig
SACH-FRAGE
Darstellung der dds in „Eingeschlossen-Ausgeschlossen", Heft 94:

Fachschaftsleiter Brendel (KuSt) ist erbost, weil er nicht schnell genug in den Sitzungssaal kommt. Einem Studenten, der ihm im Weg steht, schreit er ins Gesicht: „Ich schlage dir gleich in die Fresse." Die Umstehenden reagieren besonnen und schieben Brendel in den Saal, ehe sich die Gemüter an dieser Äußerung entzünden können. Das Studentenparlament sollte einem solch üblen Schlägertyp die Bestätigung als Fachschaftsleiter entziehen, damit er nicht mehr dem ASTA und dem Großen Senat angehört . . .

Gegendarstellung:

Richtig ist, daß Fachschaftsleiter Brendel (KuSt) am 29. 5. 68 um 17.30 Uhr beim Betreten des Saals 175 durch gezielte Fußtritte des SDS-Mitgliedes J. Barth, der es ganz offensichtlich mit dem Slogan: „Gewalt gegen Sachen, ja, Gewalt gegen Menschen, nein!" nicht so genau nahm, gehindert wurde. Darob erbost, drohte er nicht einem im Weg stehenden Studenten, sondern eben jenem Studenten J. Barth, sich dagegen zur Wehr zu setzen, mit sinngemäß oben zitierten Worten.

Immerhin kann man Fachschaftsleiter Brendel (KuSt) den Vorwurf nicht ersparen, nicht getreu einer neutestamentarischen Analogie: „Wenn Dir ein SDS-ler gegen das rechte Schienbein tritt, halte ihm auch das linke hin!" gehandelt zu haben. Im übrigen kann man sich der Forderung der dds nur anschließen, „solch üblen Schlägertyp die Bestätigung als Fachschaftsleiter (zu) entziehen, damit er nicht mehr dem ASTA und dem Großen Senat angehört".

Herr J. Barth ist Fachgruppenleiter der Lehramtskandidaten und Kandidat für ASTA und Studentenparlament 1968/69.

Fachschaftsleiter kustawi
Thomas Brendel

ESG

Sehr geehrte Herren!

Nr. 94 der darmstädter studentenzeitung bringt auf Seite 26 einen Kommentar unter der Überschrift „Immatrikulationszirkus". In dem Artikel wird der Eindruck erweckt, als sei die Aktion während der Immatrikulationsfeier von der Evangelischen Studentengemeinde unterstützt worden. Das ist nicht der Fall gewesen. Weder die Vertrauensstudenten noch der verantwortliche Mitarbeiterkreis, beide können nur für die Evangelische Studentengemeinde sprechen, haben zuvor über diese Aktion gesprochen, geschweige denn darüber irgendeinen Beschluß gefaßt. Die Evangelische Studentengemeinde ist ein offener Kreis, der keine feste Mitgliedschaft kennt. Es ist nicht auszuschließen, daß Kommilitonen, die auch sonst Veranstaltungen der ESG besuchen, auch bei dieser Veranstaltung dabei waren. Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß kein Gremium der ESG eine solche Aktion gebilligt hat noch je billigen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Timm Klotz — Vertrauensstudent
Martin Stöhr — Studentenpfarrer

Nachrichten

Wahlen

Mit Überraschungen begannen und endeten die diesjährigen Wahlen zum Studentenparlament. 126 Kandidaten bewarben sich um 64 Mandate, solche Zahlen hatte es in Darmstadt noch nicht gegeben. Um die acht Sitze der Fachschaft KuSt kämpften sogar 22 Kandidaten; dagegen konnten zwei Drittel der kandidierenden Maschinenbauer auf ein Mandat hoffen.

Die Wahlbeteiligung stieg weiter an: 59,4% der Studenten gingen zur Wahl (1966: 45%, 1967: 50%). Dies dürfte mit ein Verdienst des Wahlleiters Volker Weißgerber sein, der durch laufende Information Interesse erzeugte.
Die größte Überraschung ergab sich allerdings erst bei der Stimmauszählung: hatten die Korporationen im letzten Jahr mit 11 errungenen Sitzen bei 22 Kandidaten erheblich unter dem rechnerischen Mittel gelegen, so lagen sie diesmal mit 22 von 37 weit darüber; besonders die Maschinenbauer, Bauingenieure und Elektrotechniker wählten recht farbenfreundlich; allerdings wählten die Elektrotechniker auch den einzigen SDS-Parlamentarier, den Vorsitzenden Reigrotzki (kandidiert hatten, wie schon 1967, sieben SDS-ler, damals wurden zwei gewählt). Interessant ist, daß die HSU immerhin 75% ihrer Kandidaten durchbringen konnte. Man sollte sich beim SDS einmal um ein besseres Image bemühen. Auch dem SHB half sein Wahlbündnis mit der HSU nicht viel, er gewann nur drei von elf angestrebten Mandaten.

Am blutigsten geht es nach wie vor bei den Maschinenbauern zu; zählt man den eindeutigen Wahlsieger Gerd Acker mit, der anzugeben vergaß, daß er einem Stuttgarter Corps angehört, so stehen dort sieben Waffenträger vier Nichtkorporierten gegenüber. Die Chemiker dagegen besetzten sieben ihrer acht Sitze mit unabhängigen Kandidaten. Äußerst gemischt geht die Fachschaft Elektrotechnik in die nächste Legislaturperiode: HSU, SDS und Verbindungen brachten sämtliche Kandidaten durch.

Altparlamentarier und -funktionäre wurden in der Regel wiedergewählt, wichtige Ausnahmen: Sozialreferent Waninger und der ehemalige kommissarische stellvertretende Vorsitzende Pillardy.

Insgesamt haben die Unabhängigen im neuen Parlament 39,2% der Stimmen, die Verbindungen 35,9%, die HSU 14,1%; die restlichen 10,8% teilen sich SHB, SDS, ESG, KSG und LSD.

Es ist schwer, aufgrund dieser Stimmenverteilung Prognosen zu erstellen, vor allem, da die Orientierung der Unabhängigen noch ungewiß ist; immerhin dürfte die Bildung eines dauerhaften Vorstandes bei der unter Korporierten herrschenden Abneigung gegen höhere Ämter schwer fallen. Sie werden noch beweisen müssen, daß ihre erstaunlich progressiven Wahlversprechen ernst gemeint waren. wd

Abbestellt

Prof. Dr.-Ing. Fritz Brandt, Ordinarius für Wärmetechnik, hat sein dds-Abonnement abbestellt. Vermutlicher Grund: In der letzten Ausgabe zitierte dds in einem Artikel über das Verhalten der Professoren nach einer Senatssitzung Prof. Brandt. Er schimpfte: „... Arschlöcher ... das ist ja ein Theater, ist das ja." Dementiert hat Brandt nicht, aber abbestellt.

Ausgetreten

Die Mitgliederversammlung der Humanistischen Union Darmstadt begrüßte den Austritt Oberbürgermeister Engels aus der HU.

Gegen Engel lag ein Antrag eines HU-Mitgliedes vor, den Oberbürgermeister wegen seiner Mitwirkung an der verfassungswidrigen „Satzung über das Plakat- und Werbewesen" zu rügen und ihm den Austritt zu empfehlen.

Engel, dem der Antrag zusammen mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen war, zog die Konsequenzen und trat aus der HU aus.

Go in

Etwa 15 Studenten (vorwiegend SDS und ESG) versuchten zu der Magistratssitzung am 26. 6. 68, auf der erneut über die „Satzung über das Plakat- und Werbewesen" beraten wurde (vgl. S. 5), die Öffentlichkeit herzustellen.

Der Magistrat stimmte nach „demokratischen Spielregeln" über die Zulassung der Öffentlichkeit ab. Er war mit einer Gegenstimme (und die war ironisch gemeint) gegen eine Zulassung der Öffentlichkeit.

Nach der Abstimmung kam es zu folgendem Dialog zwischen einem Studenten und Stadtrat Klapprodt:

Student: Sie vertreten auch mich.

Stadtrat: Nein, ich vertrete Sie nicht.

Student: Doch, ich bin Bürger dieser Stadt.

Stadtrat: Nein, ich vertrete Sie nicht. Ich vertrete nur die anständigen Bürger dieser Stadt.

„Durch Stipendien studieren"

Diese Schrift der bayerischen Studentenschaft ist eine Übersicht aller Förderungsmaßnahmen der Bundesrepublik.

Aufgeführt wurden die Namen der jeweiligen Förderungseinrichtung, der Sitz bzw. die Bewerbungsstelle und die Anschrift, der antragsberechtigte Personenkreis, die geförderten Ausbildungswege, besondere Voraussetzungen (Würdigkeit und Bedürftigkeit), Art und Höhe der Förderung und besondere Bedingungen.

Aus der Tabelle kann man ersehen, welche Höhe die Förderung bei einem entsprechenden Gehalt des Vaters erreicht (Honnef-Maßstab) und welche Zuschüsse man bei Auslandsstudium erhält. Die Stipendienbroschüre ist besonders für Studienanfänger zu empfehlen. Sie ist in den Redaktionsräumen der „dds" erhältlich. Es wird eine Schutzgebühr von DM –,70 erhoben. ws

DARMKULTUR

Die neue Spielzeit:
Oper und Schauspiel

Auch in der kommenden Spielzeit bietet das Landestheater Darmstadt den Freunden des Musiktheaters eine Reihe von Neuinszenierungen, die sich weiter auf der Linie des engagierten Musiktheaters bewegen. Dabei wird aber nicht das herkömmliche Repertoire vernachlässigt, mit Opern von Humperdinck: „Hänsel und Gretel" (1893), Richard Strauss: „Der Rosenkavalier" und einer Operette von Zeller: „Der Vogelhändler", letztere hätte man jedoch nicht vermißt.
Der Problematik, große Opern in einem kleinen Theater zu spielen, will Carl Orff gerecht werden, indem er für den Beginn der Spielzeit eine „Fassung für kleinere Bühnen" seines „Prometheus" vorbereitet hat, dem bei seiner Uraufführung 1967 in Stuttgart kein Erfolg beschieden war. Daß Leos Janacek's selten gezeigte Oper „Aus einem Totenhaus" (1930 posthum) gespielt wird, ist wegen der dabei notwendigen guten Ensembleleistung, der sich die Darmstädter Oper rühmen kann, zu begrüßen. Diese epische Oper nach Texten von Dostojewski wird in Kontrast stehen zu den drei expressionistisch-surrealistischen Werken von Arnold Schönberg: „Erwartung" (1909), „Die glückliche Hand" (1924) und „Verklärte Nacht" (1899).
Ambroise Thomas' „Mignon" (1866), ein von der französischen Romantik entstellter „Wilhelm Meister", wird auch vertreten sein. Sie war vor 1914 in Berlin die meistgespielte Oper, ist aber heute so gut wie vom Spielplan der Bühnen verschwunden. Dieser größte Opernerfolg der Jahrhundertwende ist eine typisch französische opéra lyrique. Zu dieser Kontinuität eines Spielplanes, dessen Gestaltung immer an die Grenzen des in Darmstadt noch Möglichen zu gehen versucht, werden auch die Wiederaufnahmen gehören: Hindemith: „Cardillac" (Urfassung 1926); Klebe: „Alkmene" (1961); Auber: „Fra Diavolo" (1830); Klebe: „Die Räuber" (1957) und die Operette von Johann Strauß: „Die Fledermaus". eb

*

Im neuen Spielplan des Landestheaters Darmstadt überrascht ein weiterer Schritt zur Moderne. Besonders im Schauspiel findet man Stücke der deutschen und ausländischen Avantgarde, des „absurden Theaters", des „Anti-Theaters", und des „ästhetisch-poetischen Theaters". Von den einzelnen Stücken des Schauspiels werden nur die hervorstechendsten und avantgardistischen erwähnt.

Orangerie

Eröffnung der neuen Spielzeit am 12. September mit Schillers „Don Carlos", inszeniert von G. F. Hering.
C. Sternheim: „Die Kassette", inszeniert von Ulrich Hoffmann. Uraufführung dieses Stückes 1911.
E. E. Cummings: „Him", inszeniert von Harry Buckwitz.
Das surrealistische Stück „Him", das in Darmstadt zum ersten Mal in Europa aufgeführt wird, zeigt ein junges amerikanisches Paar auf der Suche nach der Wirklichkeit.
J. P. Sartre: „Die Eingeschlossenen von Altona", uraufgeführt 1959.
E. Kästner: „Die Schule der Diktatoren", inszeniert von Werner Kreindl.
Dieses Stück wird zum 70. Geburtstag des Autors gespielt.
J. Audiberti: „Die gezähmte Megäre", als deutsche Erstaufführung, inszeniert von Hans Schweickart.

Theater im Schloß

O'Neill: „Hughie"
und
Marcuse: „Das Fenster"

Der Einakter „Hughie" von Eugene O'Neill berichtet von einem Spieler, der nach kurzer Abwesenheit in seine Bleibe, ein drittklassiges Hotel in einer New Yorker Seitenstraße, kommt. Dem neuen Nachtportier Hughes erzählt Erie, der Spieler, zum Leidwesen Hughes' seine Lebensgeschichte, prahlt mit Weibern und tischt den neuesten Broadwayklatsch auf. Zwischendurch erinnert er sich immer wieder an den letzten Nachtportier Hughie, der gestorben ist, und gibt auch dessen Lebensgeschichte zum besten. Der Portier Hughes läßt getreu dem Spruch „Der Gast ist immer im Recht" alle Anbiederungen über sich ergehen, zeigt ein leidlich interessiertes Gesicht, denkt an seine schmerzenden Füße, an die Müllabfuhr, wandert in Gedanken die Straße entlang und wünscht – ebenfalls in Gedanken – Nummer 492 endlich ins Bett. Am Ende dieses Stückes, das von Eries Monologen und den Gedankengängen des Portiers lebt, sieht man Erie ein Spiel gewinnen.

Witkiewitz: „Die Pragmatiker"
und
Bayer: „Kasperl am elektrischen Stuhl"
P. Handke: „Weissagung" und „Selbstbezichtigung"
und
E. Ionesco: „Szene zu viert"

Peter Handke, durch „Publikumsbeschimpfung" bekannt geworden, gehört zu den wichtigsten Vertretern des Anti-Theaters. Seine Sprechstücke verzichten auf konventionelle Handlungen, auf Dramaturgie, Redensarten, Klischees, Sittenregeln und Lebensweisheiten werden aneinandergereiht und bloßgestellt.

Der Sketch „Scène à quatre" von Eugene Ionesco wurde kurz vor dem Pariser Gipfeltreffen 1959 geschrieben. Drei Herren treten auf, stürzen sich in eine heftige, aber völlig unklare Debatte, bei der immer wieder der Gedanke „Vorsicht mit den Blumentöpfen" auftaucht. Als eine schöne Dame – sie soll den Frieden darstellen – auf der Bühne erscheint, versucht jeder der drei, sie als seine Verlobte auszugeben und ihr einen Blumentopf zu überreichen. Dabei gehen alle Blumentöpfe in Scherben und die schöne Dame wird übel zugerichtet. ws

ERGÄNZUNG

Vom Rektor und Prof. Scheuter wurde die darmstädter studentenzeitung darauf aufmerksam gemacht, daß die Feststellung in dds Nr. 94: „Der AStA-Vorsitzende Cobler . . . wurde von Prof. Scheuter auf einer Ausschußsitzung wegen der Notstands-Wandziererein in übelster Weise angegriffen" unvollständig sei und nicht der Wahrheit entspräche.
Der Vorfall habe sich tatsächlich wie folgt abgespielt: Prof. Scheuter macht die Bemerkung: „Ich sitze nicht gern mit Leuten an einem Tisch zusammen, die solche Schmierereien machen." AStA-Vorsitzender Cobler hat den Eindruck, daß die Äußerung gegen die studentischen Ausschußmitglieder zielt, und verwahrt sich heftig gegen die Unterstellung, daß diese etwas mit den Schmierereien zu tun hätten. Andere Ausschußmitglieder, unter demselben Eindruck, springen Cobler bei; dazu gehören der Rektor und Prof. Kogon. Man weist Prof. Scheuter unter anderem darauf hin, daß Cobler sich längst von den Schmierereien distanziert habe. Prof. Scheuter: Davon habe er nichts gewußt, überhaupt sei seine Bemerkung nicht als Angriff, sondern als persönliche Meinung, als Sentenz gedacht gewesen. „Es wäre vielleicht klarer geworden, wenn ich statt ‚ich sitze' den Konjunktiv verwendet hätte." Der Konjunktiv aber sei im Allemannischen – vor allem im Oberallemannischen, woher er stamme – nicht geläufig. Ebenso das Futurum.

SPORT

Handball

In ausgezeichneter Verfassung zeigte sich die Handballmannschaft der TH Darmstadt. Wie schon im Winter, als sie bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Hallenhandball in die Runde der letzten Vier vordringen konnte, gelang ihr auch bei der Feldhandballmeisterschaft der Einzug ins Halbfinale. In ihren Vorrundenspielen hatte sie mit der Uni Mannheim einen leichten Gegner, der mit 19 : 7 und 19 : 11 klar besiegt wurde. Schwieriger wurde es in der Zwischenrunde; hier wurde gegen die Uni Erlangen/Nürnberg ein Entscheidungsspiel notwendig, nachdem das Heimspiel mit 10 : 9 gewonnen, das Hinspiel aber mit 12 : 13 verloren wurde. Beim entscheidenden Spiel in Würzburg spielten die THD-Studenten groß auf und gewannen überlegen mit 19 : 11 Toren. In der Vorschlußrunde hatten die Darmstädter mit der Uni Heidelberg den Deutschen Hochschulmeister der letzten Saison im Hallenhandball zum Gegner. Im Hinspiel in Heidelberg hinterließ die THD-Mannschaft einen überraschend starken Eindruck; nur durch etwas Pech wurde das Spiel mit 14 : 16 (8:7) verloren. Auch im Rückspiel unterlagen die Darmstädter mit 14:17 (7:7). Am 12. Juli fährt die THD-Mannschaft nach Köln, wo das Spiel um den dritten und vierten Platz stattfindet.

Hockey

Weniger Glück hatten die Hockeyspieler der TH Darmstadt mit ihrer Auslosung für die Spiele um die Deutsche Hochschulmeisterschaft. Schon der erste Gegner, die TH Aachen, war ein schwerer Brocken. Im Heimspiel wurde gerade ein 1 : 1 Unentschieden erreicht und nur mit äußerster Anstrengung konnte in Aachen ein kaum erwarteter 1 : 0 Erfolg gerettet werden. In der Zwischenrunde standen die THD-Studenten der Mannschaft der Uni Köln, dem Favoriten für die Deutsche Hochschulmeisterschaft, gegenüber. Im Heimspiel zeigten sie zwar eine sehr starke Leistung, konnten aber trotzdem einen 2 : 1 Sieg der Kölner nicht verhindern. In Köln kämpfte die Mannschaft der THD auf verlorenem Posten und schied nach einer 2 : 5 Niederlage aus.

Tischtennis

Die Tischtennisspieler der TH Darmstadt, die erstmals, seitdem sie an deutschen Hochschulmeisterschaften teilnehmen, die Zwischenrunde erreicht hatten, hatten das Pech, daß sie gleich in ihrem ersten Spiel mit der Uni Tübingen, dem Titelanwärter, zusammentrafen. Die Darmstädter zeigten teilweise hervorragende Einzelleistungen, konnten aber 4 : 9 Niederlagen in Vor- und Rückspiel nicht verhindern.

Faustball

Der Faustballmannschaft der TH Darmstadt fiel eine ehrenvolle Aufgabe zu. Sie vertrat die Deutsche Studenten-Nationalmannschaft bei dem Rückkampf gegen die Österreichische Nationalmannschaft in Innsbruck. Obwohl die Österreicher gerade ihre Meisterschaften austrugen und in stärkster Besetzung angetreten waren, gewannen die Darmstädter Studenten die Spiele mit 34 : 25 und 39 : 29.

Besuch aus Prag

Nachdem die TH-Mannschaft im Mai dieses Jahres mit einer Handball- und Fußballmannschaft Prag besucht hatte und dort zwei Freundschaftsspiele ausgetragen hatte, kamen die Prager Studenten vom 15. bis 19. Juni zum Gegenbesuch nach Darmstadt. Nachdem die Gäste aus Prag schon zu Hause mit 0 : 3 im Fußball unterlegen waren, mußten sie auch diesmal bei ihrer 3 : 7 Niederlage die Stärke der THD-Studenten anerkennen.

Leichtathletik

Nicht ganz die Erwartungen erfüllte ein Durchgang zur Deutschen Hochschulmannschaftsmeisterschaft der Leichtathleten im Hochschulstadion. Gegenüber standen sich die Uni Mainz, die Uni Marburg und die Mannschaft der THD als Gastgeber. Trotz ungünstiger Witterungsverhältnisse kam die Uni Mainz auf 31530 Punkte und sollte damit zum sechsten Mal in ununterbrochener Reihenfolge Titelträger werden. Die Studenten der THD kamen auf 30035 Punkte vor den Marburgern, die 29204 erreichten. Erstmals stellten auch die Studentinnen eine Mannschaft auf und erlangten im Alleingang, Mainz hatte kurzfristig abgesagt, 11 527 Punkte.
Der Darmstädter Mathematikstudent Karlheinz „Charly" Herzbach war über Pfingsten ins ADH-Aufgebot für den Studentenländerkampf zwischen Italien, der Sowjetunion und der Bundesrepublik in Turin berufen worden. Charly Herzbach schlug sich ausgezeichnet und belegte noch vor dem Russen Simbirtsev den fünften Platz.

Rudern

Bei den Internationalen Deutschen Hochschulmeisterschaften in Berlin-Gatow gelang dem Darmstädter Paar Joachim Wienstroer/Detlev Glätzer ein Sieg im Zweier ohne Steuermann. Außerdem wurden die beiden Darmstädter Studenten Vizemeister im Doppelzweier hinter den favorisierten Mannheimer Kommilitonen.

Karlheinz Klöpfer

. . . immer erfolgreich
immer gut bedient

mit Sportgeräten,
Sportschuhen und
Sportbekleidung von

50 JAHRE
Sport-Hübner

dem bekannten INTERSPORT Fachgeschäft
in der Stadtmitte
vom Sportlehrer beraten –
von Fachkräften bedient –
von unserer Spezialwerkstatt betreut

Einem „on dit" zufolge . . .

. . . macht das, was die Studenten nicht wissen, den Professor auch nicht klug.

*

. . . muß derjenige, der auf die Toilette will, vorher etwas zu sich nehmen.

*

. . . chönne sichch Allemannne mit Usnahm fo Prof. Scheuter au verstandlichch usdrucke.

*

. . . finden die Sitzungen des Studentenparlaments künftig im „Germanenhof" statt.

*

. . . soll Prof. Becker (Analytische Mechanik) entmachtet werden, damit er weiß, welche Macht er als Ordinarius gehabt hat.

*

. . . soll sich, wer im Glashaus sitzt, nicht an den Scherben schneiden.

*

. . . wurde der Fahrstuhl im Hauptgebäude demokratisiert.

KULTURKALENDER

bis 11. 7. Studentenkeller im Schloß: **Etmer + Rohde** aus Bremen Collagen und Drucke.

25. 8.–6. 9. **Internationale Ferienkurse für Neue Musik**
Während der Ferienkurse finden öffentliche Konzerte statt.

bis 15. 9. Landesmuseum:
Thomas Lenk – Georg Karl Pfahler
Siebdrucke und anderes.

28.–30. 9. 10. Darmstädter Gespräch **„Mensch und Menschenbilder"**
In diesem Jahr wird versucht, durch neue Diskussionsformen auch das Publikum mit in das Gespräch einzubeziehen.

14. 9.–17. 11. Kunsthalle:
„Menschenbilder" Ausstellung anläßlich des 10. Darmstädter Gesprächs.

ab Oktober: **Ferienprogramm des Filmkreises**

26. 10. **Verleihung des Georg-Büchner-Preises 1968 an Golo Mann.**
Erstmals wird der Preis an einen Schriftsteller verliehen.

26. 10.–24. 11. Mathildenhöhe
Bundesphotoschau

*

5. 7.–4. 8. **Bad Hersfelder Festspiele 68**

24. 7.–2. 8. **Woche des Studententheaters Erlangen.**
Büro: Schiffstraße 6
Interessenten können sich zur Mitfahrt beim Schauspielstudio an der THD melden.

25.–29. 9. **Internationale Essener Song Tage:** Folksong, Chanson, underground-music.

28. 7.–6. 8. **9. Weltjugendfestspiele** in Sofia (Folklore, Musik, Theater, Diskussion). Teilnahme einer offiziellen Delegation der ESG Deutschland; Auskunft bei der ESG Darmstadt.

bis 6. 10. **Documenta IV Kassel**
Internationale Gegenwartskunst.

City

12. 7. 1968
Ein erfolgreicher Blindgänger
Englische Komödie

19. 7. 1968
Die Lady und ihre Gauner
mit Dick van Dyke

26. 7. 1968
Manji – die Liebenden
Japanischer Film

Spielzeiten:
18.45 und 21.00 Uhr
Samstag/Sonntag 17, 19, und 21 Uhr

Belida
LICHTSPIELE

16. 7. 1968
Das Mädchen aus der Cherry-Bar
Shirley McLaine

23. 7. 1968
Hokus-Pokus oder Wie lasse ich meinen Mann verschwinden
Liselotte Pulver, Heinz Rühmann

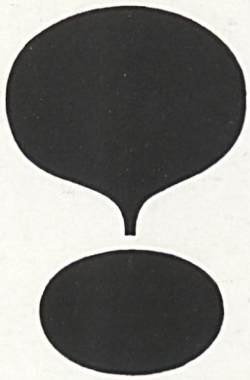
30. 7. 1968
Der junge Törless
Nach der Novelle von Robert Musil

Aus der Vorschau auf das Ferienprogramm beider Häuser:

Die Geschöpfe – Ein Film von Agnes Varda.
Träume im Zwielicht – Japan.
Laurel und Hardy – die Klotzköpfe – Späße mit Dick und Doof.

Spielzeiten:
18.00 und 20.30 Uhr
Samstag/Sonntag 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr

(Anzeige)



STABILO-micro

— die Zeichenmine mit den erstaunlichen Eigenschaften: Absolut gleichmäßiger, scharf begrenzter, tiefschwarzer Strich schon bei leichtem Druck. Längere Haltbarkeit der Spitze. Erhöhte Bruchfestigkeit. Kontrastreiche, klare Lichtpausen. In den für das technische Zeichnen so wichtigen Härtegraden H—6H. Besonders geeignet für alle glatten und matten Zeichenfolien.

Schwan-STABILO

Wählen Sie die richtige Verbindung, wenn's um Geld geht

28161

Sparkasse Darmstadt

Geschäftsstellen in Stadt und Land

WOHIN IM URLAUB

dsr Deutscher Studenten-Reisedienst

Rumänien
St. Georghe/Donaudelta
2 Wochen
429,- DM

Ferien mit Pfiff

Juan les Pins		561 DM
Cala Portinax / Ibiza	ab Ffm	503 DM
Cala Figuera /	ab Ffm	455 DM
Flüge nach Istanbul	ab	165 DM

Fordern Sie das „Kursbuch für schmale Brieftaschen" oder unser großes Reiseprogramm an.

Auslandsstelle
DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES G. M. B. H.
53 Bonn, Dietkirchenstraße 30
Studienreisen — Studentenwerk
Darmstadt, Alexanderstraße 22